



Stenografischer Bericht

56. Sitzung

am Freitag, dem 20. März 2009,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 3685

TOP 2

Aussprache zur Großen Anfrage

Bewertung der EU-Strukturfondsförderung von 2000 bis 2006

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
- **Drs. 5/1339**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 5/1430**

Herr Czeke (DIE LINKE) 3698, 3709
Minister Herr Bullerjahn 3701
Herr Tögel (SPD) 3705
Herr Kosmehl (FDP) 3706
Herr Tullner (CDU) 3707

TOP 4

Zweite Beratung

Entwurf eines Gesetzes zum Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 5/1763**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien - **Drs. 5/1829**

(Erste Beratung in der 53. Sitzung des Landtages am 19.02.2009)

Herr Tögel (Berichterstatte) 3710
Herr Gebhardt (DIE LINKE) 3711
Herr Borgwardt (CDU) 3712
Herr Kosmehl (FDP) 3712
Herr Bischoff (SPD) 3713
Staatsminister Herr Robra 3714

Beschluss 3714

TOP 11

Aktuelle Debatte

Ausbau der Breitbandversorgung in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/1870**

Herr Franke (FDP) 3685
Staatsminister Herr Robra 3686, 3689

Frau Dr. Hüskens (FDP)	3689, 3694
Herr Graner (SPD)	3691
Herr Dr. Thiel (DIE LINKE)	3692, 3695
Herr Thomas (CDU)	3695

TOP 12

Beratung

a) **Verzicht auf die mündliche Verhandlung in dem Landesverfassungsgerichtsverfahren - LVG 131/08**

Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Recht und Verfassung - **Drs. 5/1873**

b) **Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betreffend Individualverfassungsbeschwerde gegen Regelungen des Gemeinde-neugliederungs-Grundsatzgesetzes - LVG 06/09**

Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Recht und Verfassung - **Drs. 5/1874**

Herr Reichert (Berichterstatter zu a)	3715
Frau Reinecke (Berichterstatterin zu b)	3715

Beschluss zu a

Beschluss zu b

Beginn: 9.01 Uhr.

Präsident Herr Steinecke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle herzlich zur 56. Sitzung des Landtages begrüßen. Ich hoffe, Sie sind alle gut drauf, sodass wir den Vormittag gemeinsam zügig gestalten können.

Ich wollte nur kurz daran erinnern, dass Minister Herr Dr. Daehre und Ministerin Frau Dr. Kuppe am heutigen Tag entschuldigt sind.

Ansonsten stelle ich die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen nunmehr unsere 29. Sitzungsperiode fort mit **Tagesordnungspunkt 11:**

Aktuelle Debatte

Ausbau der Breitbandversorgung in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/1870**

Es ist eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart worden. Das gilt auch für die Landesregierung.

Ich darf nun für die Antragstellerin, die FDP, Herrn Franke das Wort zur Eröffnung erteilen. Bitte schön, Herr Franke.

Herr Franke (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der vergangenen Woche fand der seit Langem und groß angekündigte Breitbandgipfel der Landesregierung in der Staatskanzlei statt. Wie wichtig und notwendig das Thema der Breitbandversorgung gerade im ländlichen Raum ist, möchte ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren hier im Landtag, nicht umfassend erläutern. Das wissen Sie alle. Sie wissen auch, dass Sachsen-Anhalt das Land mit der am schlechtesten ausgebauten Breitbandinfrastruktur ist.

Interessanter ist aber, dass in den letzten Jahren die Anzahl der Homeofficeplätze enorm an Bedeutung gewonnen hat. Zirka 40 % der Internet-User nutzen heute ihren Home-PC für ihre berufliche Tätigkeit und zur Qualifikation.

Wie wichtig das Thema in Sachsen-Anhalt ist, wurde auch deutlich, wenn man sich am vergangenen Mittwoch im Großen Saal der Staatskanzlei umschaute: Dort sah man unter den über 150 Gästen Bürgermeister aus dem Burgenland, Wirtschaftsförderer aus dem Harz, Mitarbeiter von Verwaltungsgemeinschaften und auch den Landrat aus der westlichen Altmark.

Die Erwartungen waren hoch und es gab auch ein paar Erkenntnisse für die Teilnehmer. Die Landesregierung übernimmt das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2010 alle Breitbandlücken mit einer Bandbreite von ca. 1 Megabit pro Sekunde zu schließen und bis zum Jahr 2014 ca. 75 % der Haushalte mit modernen Hochgeschwindigkeitszugängen, also Übertragungsraten von ca. 50 Megabit pro Sekunde, zu versorgen.

Neu war auch, dass bis zum Jahr 2014 etwa 50 Millionen € Fördermittel zur Verbesserung der Breitbandversorgung zu erwarten sind. 16 Millionen € sind ein Be-

standteil des Zukunftsinvestitionsprogramms, wie wir im Zusammenhang mit dem gestern verhandelten Nachtragshaushalt schon gehört haben.

Neu war auch, dass es eine Anhebung der Förderquote auf 90 bzw. 87,5 % geben wird. Angedeutet wurde von Staatsminister Robra, dass für die restlichen 10 bis 12,5 % die Investitionsbank Sachsen-Anhalt Finanzierungen mit Sonderkonditionen bereitstellen wird und dass die Kommunalaufsicht bei der Prüfung der Haushalte der Kommunen nicht so genau hinschauen wird, wenn es um die Investitionen in das Breitbandnetz geht.

Ach so, es lag für jeden Teilnehmer noch ein Fragebogen dabei, worauf er mal wieder - ich weiß nicht, zum wie vielen Male - der Landesregierung seinen Bedarf an Breitbandversorgung für den jeweiligen Bereich mitteilen kann.

Wie gesagt, die Erwartungshaltung war hoch. Doch, sehr geehrte Damen und Herren, nach diesen Ankündigungen mutierte der Breitbandgipfel dann zum Schmalspurhügel.

(Herr Gürth, CDU: Quatsch!)

Hehre Ziele zu postulieren und Geld zur Verfügung zu stellen reicht bei diesem komplexen Thema eben nicht aus. Es reicht auch nicht zu sagen, dass ein schneller Breitbandanschluss zur gesellschaftlichen Teilhabe notwendig ist und damit zur Daseinsvorsorge wie Wasser und Strom gehört.

Es reicht auch nicht aus, Fachleute den Laien im Auditorium technische Vorträge zu den verschiedenen Technologien halten zu lassen. Denn die Hoffnung, auf die vielen noch offenen Fragen zur Realisierung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum konkrete Antworten zu bekommen, wurde mehr als enttäuscht. Nur eines hat der Tag in der Staatskanzlei deutlich gezeigt: Die Landesregierung hat bis heute kein Konzept.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben kein Konzept, wie Sie schnell und unkompliziert die Mittel aus dem Konjunkturpaket II einsetzen wollen, um den ländlichen Raum mit Breitbandanschlüssen zu versorgen. Sie krempeln nicht die Ärmel hoch und sagen: Jetzt packen wir es an! - Nein, Sie schieben den Schwarzen Peter den Bürgermeistern zu und lassen die Kommunen mit den Problemen im Regen stehen.

(Beifall bei der FDP)

Sie schüren mit solchen Veranstaltungen große Erwartungen bei der Bevölkerung und wissen genau, dass der Druck nicht bei Ihnen ankommt. Der Frust der betroffenen Bürger entlädt sich in den Gemeinden bei den kommunalen Vertretern. Die Bürgermeister werden gefragt, warum der schnelle Datenanschluss nicht komme. Er brauche doch nur die Millionen zu beantragen und schon kämen die Grabenbagger.

Sie, Herr Ministerpräsident, sagten in Ihrer Presseerklärung vom 21. Januar 2009 - ich zitiere -:

„Das Konjunkturpaket macht nur Sinn, wenn wir es schnell umsetzen. Es darf keine bürokratischen Flaschenhälse geben!“

Damit haben Sie Recht. Nur spürt man im Moment nicht, wie die Landesregierung nach diesen Erkenntnissen handelt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Seit August 2008 hat die Landesregierung Erfahrungen mit den Problemen bei der Breitbandversorgung im ländlichen Raum sammeln können. Großspurig stellte damals das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt 3 Millionen € für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum bereit. Etwa 60 Gemeinden haben sich daraufhin um die Mittel beworben. Nur sechs - ich wiederhole: nur sechs - Gemeinden allerdings konnten die Anträge so vollständig einreichen, dass sie in den Genuss der Fördermittel gekommen sind und ihre Projekte verwirklichen konnten - von 60 Gemeinden ganze sechs!

Bisher dürfte allerdings nur ca. ein Viertel der 3 Millionen € bewilligt worden sein. Alles andere hängt, weil meist die Anbieter, also die Kommunikationsfirmen, gar kein Interesse daran haben, sich mit Angeboten an den kleinteiligen Ausschreibungen zu beteiligen.

Die Fördersumme, die das Land zur Verfügung stellt, soll die Lücke zwischen den hohen Investitionskosten und der Wirtschaftlichkeitsschwelle bei den Betreibern schließen. Das macht auch Sinn. Das Problem ist allerdings, dass nun jede kleine Kommune versucht, die Riesen der Telekommunikationsbranche zur Angebotsabgabe zu bewegen. Doch die denken gar nicht daran. Sie denken gar nicht daran, die vorgelagerten Aufwände zu betreiben, die nachher bei der Angebotsabgabe betriebswirtschaftlich keinen Sinn machen.

Deshalb stoßern die Bürgermeister im Nebel. Eine Bedarfsermittlung mit statistischer und geografischer Auswertung ist durch sie nicht zu leisten. Bei der Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen fehlt ihnen zum Teil die kompetente Beratung zu den fachlich-technischen Fragen.

Aber diese Probleme sind hinlänglich bekannt. Diese Erfahrung konnte die Landesregierung im vergangenen Jahr sammeln. Trotzdem reagiert die Landesregierung nicht darauf. Sie fährt ihren Stiefel weiter wie bisher, ohne nach rechts und links zu schauen. Vier Ressorts beschäftigen sich in Sachsen-Anhalt mit dem Thema Breitband, nämlich das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, das Innenministerium und die Staatskanzlei. Da ist das Chaos schon vorprogrammiert.

(Beifall bei der FDP - Frau Dr. Hüskens, FDP: Kabelsalat!)

Noch nicht einmal die auf dem Breitbandgipfel groß angekündigte Informationsseite der Landesregierung - www.breitband-sachsen-anhalt.de - ist online. Sie wird in der nächsten Woche im Kabinett beraten.

(Oh! bei der FDP)

Ein Blick nach Niedersachsen würde reichen, um zu sehen, wie man es anders machen kann. Schon im Juni 2008 eröffnete man dort ein Breitbandkompetenzzentrum. Erst danach wurden die Förderrichtlinien verabschiedet.

Teile der Fachhochschule Harz würden sich aufgrund der schon im Harz gesammelten Erfahrungen als Breitbandkompetenzzentrum in Sachsen-Anhalt anbieten. Eine Finanzierung aus EU- und Landesmitteln sollte auch in Sachsen-Anhalt möglich sein.

Durch ein solches Kompetenzzentrum könnte erstens die Beratung in den Kommunen stattfinden. Zweitens könnte die Breitbanderhebung erfolgen, die zu einem

Breitbandkataster des Landes Sachsen-Anhalt führen kann. Drittens könnte dort die Ausschreibungs- und Fördermittelberatung ablaufen, die bis zur Finanzierungsabwicklung mit der Investitionsbank weitergeführt werden könnte.

Das ist nur eine Möglichkeit, aber das ist nicht die schnelle Lösung, die wir in der heutigen Zeit so dringend brauchen, um die Konjunktur zu beleben. Aber auch für die schnelle Lösung lohnt sich ein Blick nach Niedersachsen. 30 Millionen € aus dem Konjunkturpaket II setzt Niedersachsen zur Förderung von so genannten Clusterprojekten ein. Drei mit Breitband unterversorgte Regionen wurden definiert.

Allein das Cluster Nordwestniedersachsen und Küste besteht aus neun Landkreisen und wird mit einem Festzuschuss für Investitionen in den Breitbandtechnologieausbau in Höhe von 12 Millionen € gefördert. Das Land Niedersachsen schreibt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Landkreisen die komplette Region europaweit aus. Der Anbieter, der die meisten Breitbandanschlüsse für den Festbetrag von 12 Millionen € bietet, bekommt den Zuschlag. - Schnell, unkompliziert und ohne bürokratische Flaschenhalse, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP)

Fassen Sie die Altmark, Teile der Börde und das Jerichower Land zu einem Cluster zusammen - meinetwegen auch den Harz und Teile des Mansfelder Landes -, schreiben Sie als Landesregierung diese Cluster europaweit aus. So schnell und unkompliziert können viele Versorgungslücken geschlossen werden. Damit könnte allen das Kleinklein, das wir derzeit haben, erspart werden. „Nicht kleckern, sondern klotzen!“

(Beifall bei der FDP)

sollte die Devise der Landesregierung in der gegenwärtigen schwierigen Situation sein. Haben Sie Mut, neue Wege zu gehen. Wagen Sie neue Wege, um die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt wieder anzukurbeln.

Eines kann ich Ihnen versichern: Eine Schaufel zum Schachten von Kabelgräben in der Altmark habe auch ich. Ich würde auch selber buddeln, um mein Dorf an eine schnelle Datenautobahn anzubinden.

(Beifall bei der FDP)

Statt überall im Lande zu verkünden, wie viele Millionen vorhanden sind, um die Konjunktur wieder anzukurbeln, sollten wir endlich die Ärmel hochkrempeln, in die Hände spucken und etwas tun. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank für die Einführung, Herr Franke. - Ich erteile jetzt der Landesregierung das Wort. Herr Staatsminister Robra wird das nutzen.

Herr Robra, Staatsminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal freue ich mich, dass das Thema jetzt auch im Landtag aufgegriffen wird. Es wird uns in den nächsten zwei bis drei Jahren sicherlich nicht loslassen.

Herr Franke, „jetzt packen wir es an, nicht kleckern, sondern klotzen“, das habe auch ich beim Breitbandgipfel gesagt. Darin sind wir uns völlig einig. Aber im Ge-

gensatz zu Ihnen weiß ich, dass das nicht reicht. In den nächsten Jahren wird erheblich viel mehr auf uns zukommen. Sie haben das eine oder andere bereits angerissen.

(Herr Franke, FDP: 2010 ist der Termin!)

Da ist noch viel Arbeit zu leisten. Erstaunlich ist - lassen Sie mich auch das vorausschicken -, dass ausgerechnet die FDP wissen will, wie die Landesregierung die flächendeckende Breitbandversorgung bis 2010 sicherstellen will.

Gestern lasen wir in der Zeitung, dass der Vodafone-Chef Joussen die Vollversorgung durch die Wirtschaft bis Ende 2010 garantiert. „Bald gibt es Internet für alle ohne Staatsgeld“, war die Schlagzeile in der „Financial Times“, Herr Franke. Die Voraussetzung sei nur, dass Bund und Länder die richtigen Frequenzen freigeben - darauf komme ich noch zurück - und dass die Regulierung so gestaltet wird, dass die Unternehmen selber investieren. Das sagt Joussen. Wollen wir es ihm glauben?

(Zuruf von der FDP: Wettbewerb!)

Wir haben gestern gelernt, was das ist und dass echte Ordoliberaler gar nicht nach dem Staat rufen.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Regulierung ist sich die Wirtschaft allerdings noch gar nicht einig. In der Zeitung stand gestern als weitere Überschrift zu lesen: Kabelchefs verbünden sich gegen die Telekom. Auch sie wollen ein Stück vom Kuchen abhaben. Genauso geht es den Satellitenbetreibern. Wenn viel Geld unterwegs ist, werden die Unternehmen phantasievoll.

Doch im Ernst, meine Damen und Herren. Im Land können fast 15 % der Haushalte das Internet nicht nutzen und eine unbestimmte Zahl kann es nur schlecht nutzen. Es besteht Handlungsbedarf - nicht überall in demselben Maße, aber flächendeckend.

Die Vollerschließung des Landes mit Breitbandinternet ist kein Luxus mehr. Sie sichert die gleichberechtigte Teilhabe am Informationszeitalter und sie ist inzwischen notwendiges Produktionsmittel für unseren Mittelstand im weltweiten Wettbewerb. Sie ist Daseinsvorsorge, die der Staat mithilfe der Wirtschaft zu gewährleisten hat, von der wir erwarten, dass sie ihre vollmundigen Versprechen hält.

Damit auch wirtschaftlich weniger attraktive Orte zeitnah angeschlossen werden, muss der Staat helfen, die Wirtschaftlichkeitslücke zu schließen. Dafür gibt es Beihilfen. Die Lücke wird natürlich auch geringer, wenn mehr Menschen das Internet nutzen. Das heißt, wir brauchen angesichts unserer demografischen Situation mehr attraktive Internetangebote für ältere Menschen. Über das Stichwort „Telemedizin“ ist im Landtag schon gesprochen worden.

Außerdem muss der Staat den Prozess steuern, damit die Versorgungslücke - hier Turbo-DSL und dort noch nicht einmal ISDN - nicht immer weiter aufklafft. Wir wollen keine Zweiklassengesellschaft im Internet in Sachsen-Anhalt.

Seit etwas über einem Jahr ist die Breitbandwelt in Bewegung gekommen. Das fing an mit der Weltfunkkonferenz in Genf im November 2007, als man sich auf der europäischen und der weltweiten Ebene verständigt hat,

welche Frequenzen überhaupt für welchen Verwendungszweck zur Verfügung stehen. Daran anschließend hat die EU das Telekom-Paket unter anderem zur digitalen Dividende auf den Weg gebracht. Immer noch wird in Brüssel strittig diskutiert, was dabei am Ende herauskommt.

Vor etwa einem Jahr hat Seehofer in bescheidener Weise die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für Modellprojekte geöffnet. Darin standen für 2008 bis 2010 deutschlandweit sage und schreibe nur 10 Millionen €. Wir haben uns - unter Verantwortung des Landwirtschaftsministeriums - in diesen Prozess eingeklinkt und in der Tat bei der Umsetzung einige Erfahrungen gewonnen. Ich sage das nur, damit man einmal sieht, auf welchem Level wir das noch bis Ende letzten Jahres diskutiert haben.

Auch bei der Umsetzung der GAK-Mittel haben wir gelernt, dass Insellösungen problematisch sind, dass aber für die jeweils beste Lösung oft noch nicht die notwendige Informationsbasis besteht. In diesem Zusammenhang sage ich Ihnen - das wissen Sie auch, Herr Franke -: Der Breitbandatlas, der zurzeit vorliegt, ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt worden ist. Das sind Zufallsinformationen. Es gab noch keine umfassende Erhebung.

Bei unserem Fragebogen, den Sie hier hochgehalten haben, handelt es sich nicht „schon wieder“ um einen Fragebogen, sondern dabei handelt es sich um den ersten - ich sage das ausdrücklich - Versuch, zu einer systematischen Erfassung der Breitbandversorgung im Lande und darüber hinaus der Infrastrukturen, die vorhanden sind, um die Breitbandversorgung verbessern zu können, zu gelangen.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Anfang Februar 2009 gab es das Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes mit dem Schwerpunkt Breitband. Wir haben darauf reagiert, und zwar nicht nur im Einzelplan der Staatskanzlei. Sie waren ja gestern immer wieder auf der Suche nach den Mitteln für die Fachhochschule der Polizei. Hätten Sie auch einmal in anderen Einzelplänen, die dafür infrage kommen, nachgeschaut, dann hätten Sie gesehen, dass bei der Kollegin Wernicke 12 Millionen € für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum und beim Kollegen Hövelmann 1,3 Millionen € zur Verfügung stehen.

(Zuruf von der FDP)

- Er hat das alles sehr heruntergemeldet, als seien das - überspitzt formuliert - nur Centbeträge, die dort zur Verfügung gestellt würden.

(Zurufe von der FDP)

Mitte Februar 2009, vor etwa einem Monat, gab es die Einigung zwischen Bund und Ländern zur Nutzung eines Frequenzbandes als digitale Dividende für Funknetze - ausdrücklich mit Priorität für den ländlichen Raum. Schauen Sie sich die Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung - ein schwieriges Wort - an. Auch dort besteht noch das Problem, dass der Rundfunk nicht gestört werden darf. Wer die Modellprojekterfahrungen in Brandenburg und zwei oder drei anderen Bundesländern verfolgt hat, weiß, dass das technisch noch nicht so einfach ist. Aber wir brauchen diese Funkfrequenzen.

Am 18. Februar 2009 gab es die Breitbandinitiative des Bundes mit ihren mittlerweile bekannten vier Säulen.

Seit Anfang März läuft die Initiative der Bundesnetzagentur zur Versteigerung der Frequenzen als ein Beitrag zur Beschleunigung der Breitbandanbindung. Wenn diese wichtige Voraussetzung für die Telekom und natürlich auch für die Länder geschaffen ist, sie loslegen können und wenn der Zuschlag gewährt werden wird, dann wird sich die Welt der Anbieter und auch der Nutzer im positiven Sinne dramatisch verändern. Erst dann können wir mit den Funkfrequenzen arbeiten.

Am 11. März, also in unmittelbarer zeitlicher Abfolge, gab es das, was wir Breitbandgipfel der Landesregierung genannt haben. Aktuell - an dieser Stelle schließt sich der Kreis - unternimmt der Bund Aktivitäten in Brüssel zugunsten der Deregulierung, die Herr Joussen als Voraussetzung für seine Zusage sieht. Ein weiterer Titel der „Financial Times“ von gestern: Berlin trommelt für die Telekom in Brüssel. - Warten wir einmal ab, was dabei herauskommt.

(Herr Franke, FDP: Abwarten, abwarten, abwarten!)

Erst dann können wir wirklich abschließend beurteilen, was wir - -

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

- Es hat doch keinen Sinn, jetzt ins Blaue hinein Geld in die Welt zu schicken.

(Herr Wolpert, FDP: Aber Breitbandgipfel! - Zurufe von Herrn Kosmehl, FDP, und von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Wir wollen die jeweils beste und jeweils schnellste - - Herr Gallert, es ist doch aber im Laufe dieses Jahres zu leisten.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Schauen wir mal!)

Wir wissen alle, dass das bis Ende April auch auf den anderen Ebenen geschafft wird. Alle Beteiligten, der Bund, die Bundesnetzagentur, die Länder, die Kommunen, die Telekoms dieser Welt arbeiten jetzt, aber auch erst beginnend - das gilt für alle -, mit Hochdruck an der Abarbeitung dieser Aufgabe.

Wir wollen jedenfalls alle Angebote im Land nutzen, um das ganze Land leistungsfähig an das Internet anzubinden. Wir wollen, dass die weißen Flecken verschwinden und dass mehr Kapazität in den Städten zur Verfügung gestellt wird, vor allem dort, wo vor Jahren das falsche Glasfasermaterial verlegt worden ist. In diesem Fall wissen nicht einmal die Kommunen abschließend, wo das überall der Fall war. Wir wissen es schon gar nicht; das können wir gar nicht.

Wir wollen auch mehr Leistung in den Gewerbegebieten und dabei immer die wirtschaftlichste und die zukunftsfähigste Lösung anstreben, die den weiteren Ausbau für eine Übertragung von 50 Megabit pro Sekunde bis zum Jahr 2014 gewährleistet. Es macht überhaupt keinen Sinn, hier und dort 1 Megabit pro Sekunde zu installieren, und in drei Jahren reißen wir die Kabel wieder heraus, verlegen neue Kabel, um eine Übertragungsrate von 50 Megabit pro Sekunde zu erreichen. Das ist das gemeinsame Ziel von Bund und Ländern - Sie haben es gesagt -: 75 %, 50 Megabit pro Sekunde.

Alle diejenigen, die von Physik und von der erforderlichen Technik ein bisschen Ahnung haben, wissen, worauf sich der Bund, die Länder und die Telekoms dieser

Welt an dieser Stelle eingelassen haben. Es wäre vor zwei Jahren noch utopisch gewesen, eine solche Zielvorgabe in die Welt zu setzen. Machen Sie sich doch nichts vor, Herr Franke! So ist das nun einmal.

Dazu ist es erforderlich, dass wir den Fehlbedarf präzise ermitteln und in einem aussagekräftigen Breitbandatlas des Landes zusammenstellen, und zwar in Kooperation mit der Bundesnetzagentur, die nach der Breitbandstrategie ebenfalls diese Aufgabe vom Bund zugewiesen bekommen hat. Hierfür ist zu erheben und zu erfassen, welche nutzbaren Infrastrukturen bereits vorhanden sind. Das hüten doch alle Partner und alle Unternehmen wie ihren Augapfel. Die Bahn lässt sich nicht hinter die Stirn gucken, wo sie schon Leerrohre hat. Die Gasversorger und die Telekoms auch nicht. All das muss und soll zusammengeführt werden. Auch die internen Netze von Unternehmen, an die man sich in bestimmten Bereichen des Landes anschließen kann, gehören offen gelegt und miteinander verknüpft.

Der Breitbandgipfel diente dazu, die Akteure zusammenzuführen, um die Strategien des Bundes zu vermitteln, um Wissen zu vermitteln, das wirklich notwendig ist, um alle Zugangsoptionen, auch die lokalen, erfassen zu können und auch um die Urteilsfähigkeit gegenüber Anbietern auf der kommunalen Ebene zu stärken; denn auch das ist wichtig.

An den Stellen, an denen so viel Geld im System ist, laufen Nepper, Schnäpper, Bauernfänger herum und versuchen, ihre jeweiligen Insellösungen, die alles andere als die besten sind, die nicht einmal second best sind, zu verkaufen. Das gehört auch zur Wahrheit. Gemeinsam mit den Kommunen müssen wir aufpassen, dass dort nicht in etwas investiert wird, was nicht wirklich zukunftsfähig ist.

Lassen Sie mich zum Finanzvolumen Folgendes sagen: Die Mittel im Zukunftsinvestitionsprogramm habe ich Ihnen noch einmal zusammengestellt. Darüber hinaus gibt es nach wie vor Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Dort sind nochmals Mittel in Höhe von 17 Millionen € eingestellt worden.

Außerdem gibt es laut Informationen, wie Sie sie heute in den Nachrichten hören konnten, die Absicht der Europäischen Kommission, in einem noch zu entwickelnden Programm - Herr Franke, auch die schießen das nicht aus der Hüfte heraus - weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Das heißt, wir haben bereits jetzt für die Jahre 2009 und 2010 weit über 50 Millionen €, die wir in dieses Problemfeld investieren können.

Lassen Sie uns also gemeinsam weiter an der Herausforderung arbeiten, bis zum Ende des Jahres 2010 überall im Land eine superschnelle Internetanbindung bis in jedes Haus zu gewährleisten. Wir wollen alle gemeinsam - ich bitte auch Sie darum, das zu tun - die Kommunen dabei unterstützen, die nötigen Informationen vor Ort zusammenzustellen. Das geht nicht immer nur innerhalb der jeweiligen Gemeindegrenzen. Die Physik macht weder an den Gemeindegrenzen noch an Kreisgrenzen halt. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir einen Teil der Probleme lösen können, wenn wir die Problemlösung auch direkt auf die Kreise übertragen und damit auch einen Teil der Mittel für die Kreise verfügbar machen.

Ich bin ebenso fest davon überzeugt, dass das allein nicht ausreicht, sondern dass auch das Land weiterhin Kreisgrenzen übergreifende und sogar Landesgrenzen überschreitende Lösungen fördern und unterstützen muss. Deswegen bin ich nach wie vor dankbar dafür, dass sich die Bundesregierung mit so viel Nachdruck dieses Themas angenommen hat; denn es ist eine nationale Initiative, ja eine europäische Initiative, die weit über die Grenzen des Landes Sachsen-Anhalt hinausreicht und die auch ein Bundesland allein vernünftigerweise gar nicht abschließend steuern kann. Das heißt, wir werden auch auf der länderübergreifenden Ebene weitere Koordinierungsrunden und Absprachen benötigen.

Wenn diese Grundvoraussetzungen flächendeckend geschaffen sein werden, dann wird sich dieser Prozess dynamisch beschleunigen. Dazu müssen wir wissen, welche Fehlbedarfe wir haben, welche Infrastrukturen, an die wir anknüpfen können, bereits vorhanden sind, und welche Mittel zur Verfügung stehen. Dieser Prozess hat begonnen. Er hat auch in Sachsen-Anhalt begonnen. Lassen Sie uns gemeinsam bis Ende des Jahres 2010 an dem Ziel arbeiten. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung von Minister Herrn Dr. Haseloff)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. Gehen Sie nicht weg, Herr Staatsminister. Es gibt eine Nachfrage von Frau Dr. Hüskens.

Doch bevor ich ihr das Wort erteile, begrüße ich auf der Südtribüne Schülerinnen und Schüler der Kooperativen Gesamtschule Benndorf

(Beifall im ganzen Hause)

sowie Schülerinnen und Schüler der Krankenpflegeschule des Kreisklinikums Aschersleben. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Nun darf Frau Dr. Hüskens das Wort nehmen. Bitte.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Staatsminister, ich halte Ihnen zugute, dass Sie das gleiche akustische Problem hatten zu hören, was der Redner gesagt hat, wie ich bei Ihrer Rede. Vielleicht kann das abgestellt werden. Im Augenblick versteht man den Redner sehr schlecht.

Inhaltlich möchte ich auf Folgendes hinweisen. Wenn Sie es hätten hören können, dann hätten Sie mitbekommen, dass Herr Franke nicht gesagt hat, dass wir Geld in dem Bereich fordern, sondern dass Sie Geld zur Verfügung stellen, und zwar mit dem erklärten Ziel, auch die Regionen im Land anzuschließen, in denen es die Unternehmen im Augenblick aus rein wirtschaftlichen Erwägungen nicht tun.

Uns treibt die folgende Frage um: Sie geben im Augenblick, anders als andere Länder, die Mittel in die Kommunen und die Kommunen schreiben einzeln aus. Das führt zu dem Ergebnis, dass sich die Anbieter die Kommunen herausuchen können, in denen der Betrieb nach der Investitionsförderung wirtschaftlich ist, und die Kommunen, in denen das nicht der Fall ist, wieder in die Röhre oder ins Kabel gucken.

Es gibt andere Bundesländer - in diesem Zusammenhang hat Herr Franke auf Niedersachsen hingewiesen -, die, um das zu unterbinden, als Land - man könnte das auch über die Landkreise machen - größere Räume ausgeschrieben haben. Das heißt, sie binden wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Orte zusammen mit dem Ergebnis, dass der Anbieter alle zusammen nehmen muss. Das ist eigentlich nicht so überraschend.

Für uns stellt sich die Frage, warum dieser Punkt der Ausschreibung über die Landkreise oder über das Land - - Es wäre uns einerlei, wer auch immer das macht, ob es die Landwirtschaftsministerin oder der Wirtschaftsminister ist. In diesem Punkt sind wir offen. Aber es sollte sich quasi eine Stelle darum kümmern, damit wir keine Rosinenpickerei haben.

Zu dem anderen Punkt. Sie haben es jetzt als Daseinsvorsorge betrachtet. Also, so weit würden wir als Liberale nicht gehen, dass es jetzt schon Daseinsvorsorge ist. Wenn Sie das so definieren, würde es eine staatliche Aufgabe.

(Minister Herr Bullerjahn: Richtig!)

Das heißt, dann müssten wir hinsichtlich der Finanzierung ganz andere Überlegungen anstellen.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Das hatten wir 2002 schon einmal!)

Deshalb würde ich auch an dem Punkt noch einmal darum bitten, sich klar zu machen, was man möchte. Wenn das Daseinsvorsorge ist, dann kommen wir in eine ganz andere staatliche Verpflichtung als bisher hinein.

(Beifall bei der FDP)

Herr Robra, Staatsminister:

Ich weiß nicht, welchen Begriff der Daseinsvorsorge Sie dabei zugrunde legen. Im vergangenen Jahrhundert und im vorvergangenen Jahrhundert war es einmal so, dass die Grundversorgung mit Strom als eine Aufgabe der Kommunen galt. Heute wissen wir, Frau Hüskens: Die Stromversorgung ist immer noch Daseinsvorsorge, aber wir haben längst Unternehmen, die sich daran beteiligen. Da bin ich möglicherweise viel näher an Ihren Auffassungen, als Sie glauben.

Auch bei der Internetversorgung, bei der Versorgung mit Breitbandkabel setzen wir auf die Kraft und auf die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen, die das zu gewährleisten haben.

(Zustimmung von Herrn Kurze, CDU - Beifall bei der FDP)

Ich sage aber auch: Der Staat hat - das ist für mich der Kern von Daseinsvorsorge - die Gewährleistungsverpflichtung.

(Minister Herr Bullerjahn: Richtig!)

Dieser Gewährleistungsverpflichtung ist sich der Staat - das mag ja spät sein - auf allen Ebenen, von der EU bis zur letzten Gemeinde, überhaupt erst seit Anfang 2008 allmählich bewusst geworden,

(Zustimmung von Herrn Weigelt, CDU)

und zwar in dem Maße, in dem das Internet tatsächlich eine Grundversorgungsfunktion erfüllt.

Wir kommen heute noch auf den Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag zu sprechen. Nirgendwo wird es deutlicher als da. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Grundversorgung. Aber der öffentlich-rechtliche Rundfunk verweist immer häufiger in seinen Nachrichten darauf, dass weiterführende Informationen unter der Internetadresse „www.tagesschau.de“, „www.heute.de“ - was auch immer mit „de“ endet - angeboten werden.

(Herr Kosmehl, FDP: Es lohnt sich doch gar nicht mehr im Internet!)

Und all diejenigen, die nicht ins Netz kommen, sind von dieser Grundversorgung mit öffentlich-rechtlichen Informationen abgeschnitten. Wenn man es so herum aufzäumt, dann ist schon klar, dass die Bereitstellung, die Gewährleistung der Verfügbarkeit eine staatliche Aufgabe ist, dass sie aber sehr wohl in Kooperation mit der Wirtschaft erfüllt werden kann, die ihre Schularbeiten auch zu machen hat.

Wenn Sie - das kann und will ich Ihnen hier gar nicht vorwerfen - beim Breitbandgipfel dabei gewesen wären, dann wüssten Sie, dass auch wir ein Breitbandkompetenzzentrum für notwendig halten. Wir brauchen eine Stelle, in der eben auch die technischen Informationen abgefragt werden.

(Herr Franke, FDP: Das haben Sie aber nicht deutlich gesagt!)

- Aber, Herr Franke, das habe ich gesagt. Möglicherweise waren Sie nach der Mittagspause nicht mehr da.

(Herr Franke, FDP: Nein, ich war da bis zum Schluss!)

- Sie waren noch da, ja. - Ich habe sehr wohl gesagt, dass wir ein Breitbandkompetenzzentrum brauchen. Ich habe sogar hinzugefügt, dass für mich die Frage, ob wir auch lokale Kompetenzzentren brauchen und wie wir die Aufgabe der Wissensvermittlung dort gewährleisten, noch nicht abschließend beantwortet ist.

Sie haben ja den Vortrag des Kollegen von der Fachhochschule Harz gehört und nachvollziehen können, wie wichtig es ist, dass wir im Harz ein solches Breitbandkompetenzzentrum schon haben. Natürlich liegt es nahe, die Fachkompetenz dieses Breitbandkompetenzzentrums, dass sich rund um die Fachhochschule Harz schon aggregiert hat, auch für die anderen Gemeinden, für das Land insgesamt nutzbar zu machen.

Ich habe dort auch gesagt: Wir müssen die Richtlinien und die Vergabevoraussetzungen nach den Richtlinien harmonisieren. Ich habe sogar gesagt, dass ich im Bundeskanzleramt einen Versuch unternommen habe, uns an dieser Stelle vom Doppelförderungsverbot nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz befreien zu lassen. Es ist auch aus meiner Sicht nicht die Ideallösung, dass wir bei der einheitlichen Versorgungsaufgabe „Internet“ die Spielregeln der Gemeinschaftsaufgabe GAK, des Konjunkturprogramms II und der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ beachten müssen. Die sind nun nicht so elementar verschieden, dass das nicht geht.

Aber wir werden das bis Ende April - wir haben gesagt: wenn die Landesregierung abschließend die Dinge zusammenführen und ihre Breitbandstrategie vorlegen wird - so lösen, dass das für die Kommunen dann auch trotz der drei Schienen, auf denen das Ganze läuft, umsetzbar ist. Es ist für uns leider nicht reversibel. Wenn

die FDP sich auf der Bundesebene noch einmal dafür verwenden will, lade ich Sie herzlich dazu ein. Meine Unterstützung haben Sie.

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Also, insofern werden wir das zusammenführen.

Natürlich ist es richtig - das ist ja eine Erfahrung; das habe ich schon in meinen einführenden Bemerkungen deutlich gemacht, als es um die Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur“ ging; es gab 60 Bewerber und sechs Gemeinden, die am Ende den Zuschlag bekommen haben -, dass diese rein lokalen Insellösungen der Problematik auch in technischer Hinsicht nicht gerecht werden können.

Daran werden wir auch noch arbeiten müssen. Aber das ist - mit Verlaub - ein Thema, das zurzeit in allen Bundesländern, von Schleswig-Holstein bis Bayern, gleichermaßen der Lösung harrt. Ich bin mir nicht sicher, ob die Kollegen in Niedersachsen

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Sie hätten einen guten CDU-Minister abgegeben, Herr Robra! - Zurufe von Herrn Franke, FDP, und von Herrn Dr. Schrader, FDP)

- Ich weiß ja, warum Sie das sagen; weil der Wirtschaftsminister dort Ihrer Partei angehört - schon das Ei des Columbus gefunden haben. Auch das - da sollten Sie ganz vorsichtig sein - muss man sich einmal in Ruhe angucken. Ich habe nicht den Eindruck und finde nirgendwo eine Quelle dafür, dass sich die Internetversorgung in Niedersachsen, das auch seine dünn besiedelten Räume hat, auf diese Initiative hin schon verbessert hätte.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Papier ist geduldig. Schreiben können wir alle viel und reden können wir noch viel mehr.

(Herr Kosmehl, FDP: Oh! Das werden wir Ihren Kollegen in Niedersachsen einmal mitteilen! - Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Entscheidend wird es am Ende sein - -

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

- Frau Hüskens, ich lade Sie ein. Lassen Sie uns Ende 2010/Anfang 2011 - dann geht es ohnehin auf die Landtagswahl zu; dann wird Bilanz gezogen -

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

abrechnen, lassen Sie uns vergleichen: Wo steht Sachsen-Anhalt dann im Verhältnis zu den anderen Bundesländern?

(Zurufe von Herrn Wolpert, FDP, und von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Ich maße mir nicht an, dass wir das entscheidend besser lösen als alle anderen Länder auch.

(Zuruf von Frau Weiß, CDU)

Aber wir haben den Ehrgeiz, es zumindest genauso gut zu lösen wie die Mehrzahl aller anderen Länder. Dann rechnen wir gemeinsam ab. Dazu sind die Wahlen dann da.

Präsident Herr Steinecke:

Das reizt natürlich zu einer Nachfrage. Herr Wolpert, Sie wollen eine Frage stellen. Bitte schön.

Herr Wolpert (FDP):

Herr Robra, Ihre Ausführungen in allen Ehren, aber die konkrete Frage lautet doch: Sind Sie bereit, von dieser Einzellösungsausschreibung, die jetzt praktiziert werden soll, abzugehen und einen anderen Weg zu gehen? Kann ich das daraus jetzt entnehmen? - Denn es hilft mir nichts, wenn Sie sagen: Warten Sie es mal ab, wie wir 2010 dastehen werden.

Herr Robra, Staatsminister:

Ja, natürlich werden wir auch größere Flächen in den Blick nehmen. Die Einzellösung ist eine Lösung, die sich aus der Logik der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ergeben hat. Das ist keine Lösung, die der Logik der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ folgt.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Es ist schon gar keine Lösung, die der Logik des Konjunkturpaketes folgt. Wir haben dort andere Möglichkeiten.

Lassen Sie mich noch hinzufügen: Auch der Bund arbeitet ja an einer Revision seiner Richtlinien zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Es wird voraussichtlich andere Fördersätze geben; es wird andere Modalitäten geben, auch aus der Sicht des Bundes. Auch dort sind ja die Erfahrungen aus den vergangenen - sage und schreibe - neun Monaten - Herr Franke, so lange war das doch gar nicht seit August letzten Jahres -

(Herr Franke, FDP: August 2008!)

- ja - nicht ungehört an den Leuten vorübergegangen. Auch da sind die Dinge also noch im Fluss. Wir werden die unterschiedlichsten Ausschreibungsvarianten haben. Aber auch das setzt vernünftigerweise voraus, dass man die lokalen Infrastrukturen kennt.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Auch um die Funkmasten zu errichten, brauchen wir Leerrohre, die die Standorte erreichen, an denen die Funkmasten eines Tages stehen sollen. Die Frequenzen haben wir ja noch nicht. Dazu sagt die Breitbandstrategie des Bundes mit Recht: Dann verlegt erst einmal das Leerrohr; denn jetzt haben wir das Geld; wann die Frequenz darauf geschaltet wird, wissen wir noch gar nicht so genau.

Aber um zu wissen, von wo nach wo dann Glasfaserkabel in diesem Leerrohr zu dem Ausstrahlungspunkt geführt werden sollen, müssen wir zunächst einmal wissen, wo der nächste Anknüpfungspunkt für die Glasfaserleitung ist.

Auch das haben Sie ja auf unserem Breitbandgipfel mitbekommen: Es gibt eine technische Seite. Die Leistung von 50 Megabit pro Sekunde bringt nur die moderne Glasfaser. Deswegen ist es eben auch wichtig, überall dort, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind, schon heute damit zu beginnen, Leerrohre zu verlegen, in die die Glasfaserleitungen dann hineingezogen werden können.

Es macht überhaupt gar keinen Sinn, an irgendeinem Punkt in irgendeiner Gemeinde eine Satellitenverbindung zu installieren, die dann im Download mit vielleicht 300 Kilobit pro Sekunde funktioniert. Das wissen doch diejenigen, die sich technisch etwas intensiver damit beschäftigen. Also: All das wird zusammengebunden und

führt dann zu sehr differenzierten auch Ausschreibungsmodalitäten und Herausforderungen für die Telekom dieser Welt.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Wir kommen jetzt zu den Debattenbeiträgen der Fraktionen. Als erstem Debattenredner erteile ich Herrn Graner für die SPD-Fraktion das Wort. Der Abgeordnete Herr Graner wird jetzt das Wort nehmen. Bitte.

Herr Graner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über die Notwendigkeit einer flächendeckenden Breitbandversorgung haben wir gestern und heute schon diskutiert. Auch das Thema Daseinsvorsorge ist ein interessantes Thema. Aber das möchte ich jetzt nicht weiter aufgreifen.

Stattdessen will ich ein bisschen berichten, wie das bei uns in der Region, im Jerichower Land, aussieht. Ich habe vor einem halben Jahr einen Brief von einem Bürger bekommen. Betreff des Briefes: DSL für Dörfer. - Das hat mir schon mal gut gefallen. Aus dem Brief sprach jedoch eine ziemliche Frustration, da sich der Bürger jahrelang vergeblich um einen Breitbandanschluss bemüht hatte. Und aus dem Brief sprach - das auch selbstkritisch - eine ziemlich tiefe Skepsis gegenüber Ankündigungen von Politikern.

Ich hatte mich damals, nach der Initiative von Frau Wernicke im August, dafür eingesetzt, dass bei uns vor Ort etwas passiert. Der Bürger hat mir gesagt: Na ja, es wird ja immer viel angekündigt, aber es passiert leider nicht so viel. Die Aufforderung war dabei: Jetzt tut endlich etwas.

Was haben wir also getan? - Das Projekt der Landesregierung vom August ist bereits erwähnt worden. Stichwort: Die Landbevölkerung soll mit Breitband versorgt werden. Anfang des Jahres kam das Konjunkturprogramm. Natürlich sollen die Gelder auch für Breitband verwendet werden. Letzte Woche fand der Breitband-Gipfel statt. 12 Millionen € stehen dem MLU zur Verfügung, 1,3 Millionen € dem Innenministerium abzüglich des kommunalen Anteils. Da muss man, denke ich, einmal kritisch sagen: Eine konzertierte Aktion in Sachen Breitband sieht anders aus.

(Zustimmung bei der FDP)

Ich habe zu diesem Thema ein wenig in anderen Bundesländern recherchiert. Herr Franke hat das in Niedersachsen getan. Wir machen sozusagen unser eigenes Benchmarking, das natürlich keinen akademischen Anspruch erhebt. Was passiert woanders?

Ich habe in Rheinland-Pfalz nachgeschaut. Dort wurde - man höre und staune - im August 2003 eine „Breitband-Initiative Rheinland-Pfalz“ gegründet. Es gibt dort einen Ansprechpartner: das Ministerium mit dem schönen Titel „Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau“. Dort finden seit Jahren regelmäßige Breitbanddialoge statt.

Es gibt dort zwei Förderprogramme; eines ist mit Landesmitteln, eines aktuell mit Bundesmitteln ausgestattet. Alle wichtigen Daten finden sich im Internet. Wer keinen Internetanschluss hat, kann die Daten per Post anfor-

dern, um herauszufinden, welche Unterlagen eingereicht werden müssen, was gefördert werden kann und - ganz wichtig - wo die Anträge zu stellen sind.

Ein zweites Beispiel ist Baden-Württemberg, das Muster-Ländle, wohin wir immer auch einmal mit Neid schauen. Dort wurde im Jahr 2004 die Clearingstelle „Neue Medien im ländlichen Raum“ gegründet, die Städte und Gemeinden berät.

Meine Damen und Herren! Wir müssen feststellen, dass es nicht ausreicht, nach Baden-Württemberg zu schauen, weil die seit vielen Jahren eine ziemlich schlaue Marketingkampagne haben. Es reicht auch nicht aus, sich einen eigenen Slogan zu überlegen. Woanders ist zum Beispiel in Sachen Breitband schon ziemlich viel passiert, und zwar seit Jahren. Ich befürchte, Sachsen-Anhalt ist in dieser Angelegenheit ziemlich spät aufgestanden.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei der FDP)

Ich habe mich nach dem Breitbandgipfel in der vergangenen Woche, an dem ich teilnehmen durfte, ein bisschen bei den Bürgermeistern umgehört. Auch da ist die Skepsis nach wie vor groß. Ein Bürgermeister hat mir gesagt: Es geht nicht, dass man den Leuten sagt, dass jeder für sich allein sehen soll, wie er klarkommt, dass jeder sein eigenes Konzept aufstellen und dann entweder beim MLU oder anderswo Konjunkturpaketmittel anfordern soll. Es kann nicht sein, dass es an verschiedenen Stellen der Landesebene unterschiedliche Fördermittel für die gleiche Sache gibt.

(Beifall bei der FDP)

Wie soll man denn erklären, dass die einen besser oder anders gefördert werden als die anderen, obwohl alle das Gleiche machen sollen?

Herr Franke hat es gesagt, und auch Herr Robra ist darauf eingegangen und hat angekündigt, dass auch flächenübergreifend Wege geprüft werden sollen. Denn die Infrastruktureinrichtungen DSL und Internet orientieren sich nun einmal nicht an Gemeindegrenzen. Das hat der Vertreter der Kommune sehr deutlich gesagt.

Dann hat er etwas gesagt, was ich wirklich interessant fand: Ich habe keine Lust, als Gemeinde mit überwiegend fremdem Geld eine Infrastruktur aufzubauen, für die ich mir dann einen Betreiber suchen muss; es wäre zweckmäßiger, wenn das ein kommunaler oder ein Landesbetrieb machen würde. - Ob man das so umsetzt, ist eine andere Frage. Aber Sie sehen daraus, wie konkret in den Gemeinden gedacht wird.

Noch einmal zum Thema Fragebogen. Auch das ist kritisiert worden. Die Kommunen haben in den letzten Jahren de facto von verschiedenen Stellen, auch von der Landesverwaltung, Fragebögen zur Breitbandausstattung erhalten. Zum Teil sollte das für die Gewerbegebiete sein. Diese Daten mussten dann an die IMG gesandt werden. Dann wiederum wünscht die Staatskanzlei auf einem anderen Formblatt, allgemeine Werte für die Gemeinde zu erhalten. Eine gezielte Koordinierung ist dringend notwendig.

(Zustimmung bei der FDP)

Ein letzter Punkt. Er betrifft ein Stück weit auch das Jerichower Land, auch die Kreisstadt. Es ist nicht nur für den ländlichen Raum ein Problem. Auch in mittleren und großen Städten ist eine ausreichende Breitbandversor-

gung nicht flächendeckend vorhanden. Entweder reichen die Leitungsparameter nicht oder der Nutzer ist zu weit weg vom Verbindungsknoten. Das betrifft vor allen Dingen die Gewerbegebiete, die eine besonders hohe Datenübertragungsrate brauchen. Man darf also nicht nur den ländlichen Raum betrachten, sondern muss auch konkret untersuchen, wie es in den Städten aussieht.

Soweit also die, wie ich finde, konstruktive Kritik, die auch aus den Gemeinden gekommen ist. Wir sollten hier nicht nur in Sonntagsreden die Sachkompetenz und große Bürgernähe der Bürgermeister loben, sondern deren Anregungen auch durchaus einmal aufgreifen.

(Zustimmung bei der FDP)

Was ist also zu tun? - Die Initiativen in Sachen Breitband müssen koordiniert werden. Sie brauchen einen Ansprechpartner auf Landesebene. Für die notwendige Datenerhebung müssen die vorhandenen Fragebögen und Datensammlungen erst einmal ausgewertet werden. Sollte jetzt jemand auf die Idee kommen, noch einen Fragebogen zu verschicken, käme das vor Ort nicht so gut an.

(Zuruf von der FDP: Das ist das Problem!)

Ich hoffe, dass wir auf diesem Wege gemeinsam daran arbeiten können. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Das war der Beitrag von Herrn Graner von der SPD. - Ich erteile jetzt der Fraktion DIE LINKE das Wort. Herr Dr. Thiel, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 1. April 2008 erhielt unser Fraktionskollege Gerald Grünert auf eine kleine Anfrage zum Thema „Schnelles Internet für alle“ die Antwort der Landesregierung mit folgendem Inhalt: Ein Breitbandförderprogramm mit Landesmitteln ist nicht geplant; Fördermöglichkeiten über die Gemeinschaftsaufgaben sind nicht gegeben; die EU muss erst noch prüfen; die Schließung von Breitbandlücken im Rahmen der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 gehört nicht zu den Förderprioritäten der Landesregierung und eine Entscheidung kann frühestens mit dem Haushalt 2010/2011 getroffen werden.

(Zuruf von der LINKEN: Hört, hört!)

Nun sollte ja die Beantwortung der Kleinen Anfragen von Abgeordneten nicht in die Kategorie „Aprilscherze“ gehören, aber ein knappes Jahr später ruft die Regierung zum Breitbandgipfel auf und stellt im Rahmen des aktuellen Zukunftsprogramms bis 2014 50 Millionen € in Aussicht. Das ist bitter notwendig, denn Sachsen-Anhalt gehört zu den am schlechtesten versorgten Ländern in Deutschland. Das hat Herr Kollege Graner eben auch gesagt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ja, meine Damen und Herren, so schnell können sich die Prioritäten ändern. Aber so schnell ging es wiederum auch nicht; denn der Breitbandgipfel offenbarte auch das Dilemma der Prioritätensetzung im Land und der erforderlichen Förderkulisse. Erst im April werde man im Kabinett darüber befinden. Zum Glück ist der 1. April in

diesem Jahr ein Mittwoch. Da tagt das Kabinett bekanntlich nicht.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei der FDP)

Das Problem, das inzwischen deutlich geworden ist, heißt: Wir reden über eine ganze Menge Geld, wissen aber eigentlich nicht so richtig, wie hoch der Bedarf genau ist und in welchen Bereichen das Geld sozusagen zielgerichtet auszugeben ist.

Für die Fraktion DIE LINKE war und ist das Thema Telekommunikation und damit die Breitbandversorgung immer ein Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Daraus haben wir nie ein Hehl gemacht. Umso erfreuter waren wir natürlich, auf dem Gipfel von der Landesregierung zu hören, dass schnelles Internet eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist. Die Unternehmen sollen mit Gemeinden kooperieren. - So weit, so gut.

Aufmerksam geworden sind wir bei Aussagen wie: Durch eine gute Kooperation mit Telekommunikationsunternehmen ist zu sichern, dass die Unternehmen ihre Aufwendungen über Gebühren finanzieren und die Kommunen die vorhandenen Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen haben. - Unserer Auffassung nach ist das für eine gute Kooperation zu wenig. Der Vertreter von der Telekom nahm auch sofort den Ball auf: Die Versorgung im ländlichen Raum sei wirtschaftlich nicht immer vertretbar, also muss die Deckungslücke finanziert werden.

Es wird immer wieder von der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes gesprochen und davon, dass der Verbraucher von der Einführung einer sektorspezifischen Regulierung erheblich profitiert habe. Die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen sind gesunken. Die Qualität der angebotenen Dienste hat sich deutlich verbessert. - So weit, so gut.

Die Unterversorgung mit Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum ist ein typischer Fall von Marktversagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn private Unternehmen konzentrieren sich eben auf den Ausbau von lukrativen Netzen in Ballungsgebieten und vernachlässigen ganz einfach den Ausbau in unprofitablen Regionen. Wenn es keinen Versorgungsauftrag gibt, dann muss auch nichts investiert werden.

Auch wenn es Ihnen die blau-gelben Flecken ins Gesicht treibt, liebe Freunde von der FDP, muss ich sagen: Ihr habt im Jahr 2002 maßgeblich mit dazu beigetragen, dass das Thema Telekommunikation aus der öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt verschwunden ist.

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Es gebe schließlich genügend Anbieter im freien Wettbewerb. - Immerhin hat auch die Landesregierung eines verstanden: Breitbandversorgung ist Grundversorgung und Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge,

(Beifall bei der LINKEN)

auch wenn Herr Robra meint, man müsse keine Staatsleitungen bauen. Wir sind der Auffassung, dass es hier notwendig ist, zu einer sinnvollen Kooperation zwischen Kommunen und Internet-Anbietern zu kommen.

Wenn sich die Kommunen gegenüber solchen Kooperationsmodellen aufgeschlossen zeigen, indem sie etwa kommunale Abwassernetze vergleichsweise kostengünstig für Glasfaserkabel zur Verfügung stellen oder

Standorte für Funkanlagen Dritter für den Aufbau von Breitbandnetzen nutzen, dann kann der Aufbau eines Breitbandnetzes beschleunigt und die Baukosten durchaus verringert werden.

Telekommunikationsunternehmen sollten verstärkt die Möglichkeit nutzen können, im Rahmen von beabsichtigten Straßenbaumaßnahmen ihre Infrastrukturen mit zu verlegen. Jawohl, Straßenbau und Autobahnbau sind okay; damit kann man leben. Aber die Datenautobahn muss genauso entwickelt werden.

(Herr Tullner, CDU: Völlig richtig!)

Deswegen lautet eine unserer ersten zentralen Forderungen: Investitionen in die Breitbandinfrastruktur sollen auch bei Kooperationen zwischen Gemeinden mit ihren kommunalen Unternehmen und den privaten Telekommunikationsanbietern zu einer Win-win-Situation führen. Wenn beide Partner investieren, dann sollen auch beide etwas davon haben. Wir können uns durchaus vorstellen, eine Art Joint Venture für den Ausbau des Breitbandnetzes zu bilden, um vielleicht auch dafür Sorge zu tragen, dass kommunales Eigentum vermehrt werden kann.

Wir halten es durchaus für wichtig, dass die Landkreise eine koordinierende Funktion übernehmen, um gewissermaßen den Ausbau des Breitbandnetzes in Sachsen-Anhalt mit zu beschleunigen.

Wenn sich privatwirtschaftlich etwas nicht rechnet, dann soll sich der Staat mit Fördermitteln einbringen, damit andere dann Gewinn machen. - Durch diese Rechnung möchten wir gern einen Strich machen. Der Einsatz öffentlicher Gelder kann beim Ausbau des Breitbandnetzes nicht bedeuten, dass profitable Telekommunikationsunternehmen bedingungslos subventioniert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht darum, klare Spielregeln festzulegen; denn es geht doch wohl nicht an, dass die öffentliche Hand Fördermittel und Eigenanteile bereitstellt und sich dafür verschuldet, aber vom laufenden Ertrag nicht profitiert.

(Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer: Jawohl!)

Am dem Markt hat sich ein Preisschema entwickelt, das die Gefahr in sich birgt, dass die Lückenschließung gerade im ländlichen Raum nur mit höheren Kosten für die Verbraucher betrieben wird. Das wäre aber kontraproduktiv.

Herr Franke, Sie sprachen vorhin davon, dass es durchaus sinnvoll wäre, größere Cluster in Sachsen-Anhalt bundesweit auszuschreiben und damit gewissermaßen die Lösung unserer Probleme zu beschleunigen. Die Frage ist natürlich, wie das geschehen soll. Es gibt ja bereits Telekommunikationsnetze. Wollen Sie diese enteignen und anderen Anbietern übertragen? Wie soll das funktionieren?

(Zuruf von Herrn Franke, FDP - Herr Gallert, DIE LINKE: Ah!)

Das ist der Punkt, an dem noch einmal genauer definiert werden müsste, was Sie eigentlich darunter verstehen.

(Herr Tullner, CDU: Billige Polemik!)

Wir als LINKE haben uns sowohl im Bund als auch in Europa immer dafür ausgesprochen, dass das Thema Telekommunikationsdienstleistungen auch als ein Universaldienst betrachtet wird. Wir sollten durchaus bereit

sein bzw. uns gemeinsam mit Ihnen dafür einsetzen, dass die Landesregierung im Bundesrat auf eine Änderung des § 78 des Telekommunikationsgesetzes hinwirkt, sodass diese Universaldienstleistung mindestens 2 Megabit pro Sekunde und nicht weniger aufweist,

(Beifall bei der LINKEN)

damit Breitband-Internet auch möglich ist. Wir fordern Sie auf, auch dafür Sorge zu tragen, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene tätig wird, damit dort endlich die Universaldienstleistung in der Telekommunikationsrichtlinie festgeschrieben wird.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE wird bei den Debatten über den Nachtragshaushalt darauf achten, dass Fördermittel nicht nur für die sicherlich notwendige Erschließung von Gewerbegebieten eingesetzt werden, sondern dass auch private Nutzer in den Genuss einer den Marktbedingungen entsprechenden Versorgung kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Dr. Thiel. Es gibt eine Nachfrage von Herrn Wolpert. Wollen Sie diese beantworten?

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Gern.

Präsident Herr Steinecke:

Jawohl. - Dann bitte schön, Herr Wolpert.

Herr Wolpert (FDP):

Keine Angst, Sie müssen nicht antworten. - Das, was Sie dargestellt haben, ist aber kein Marktversagen. Wenn etwas, für das kein Markt da ist, nicht bedient wird, dann haben Sie kein Marktversagen vorliegen, sondern es ist dann eine staatliche Aufgabe, einen Markt zu organisieren. Darum hatten wir jetzt gerade in der Aktuelle Debatte gebeten.

(Oh! bei der LINKEN)

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Also ich finde die Selbsterkenntnis sehr richtig, lieber Herr Kollege Wolpert, dass Sie sagen: Dort, wo Marktversagen existiert, muss der Staat entsprechend eingreifen.

(Unruhe bei der FDP - Herr Wolpert, FDP: Das ist kein Marktversagen!)

- Es ist natürlich Marktversagen, weil die Bedarfe da sind. Die Dienste werden aber nicht entsprechend wirtschaftlich angeboten. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man alles nur über den Markt regelt, dann wird das nicht funktionieren, dann werden Sie immer Probleme im ländlichen Raum haben. Herr Franke, ich meine, es ist erfreulich,

(Herr Wolpert, FDP: Deshalb ist es schön, dass Sie die soziale Marktwirtschaft erkannt haben!)

es ist schön, Herr Franke, dass Sie sagen: Wir wollen im Rahmen von NAW-Leistungen unsere Breitbandkabel

einbuddeln. Das ist völlig richtig. Aber die entscheidende Frage ist doch tatsächlich, wie man diese Lücken gemeinsam schließen kann.

Es ist eine Marktlücke entstanden. Das ist doch der Fakt. Die Marktlücke wird damit begründet, dass es sich nicht rechnet. Fragen Sie doch einmal die vielen Mitglieder von Bürgerinitiativen in Magdeburg und Umgebung, die nicht angeschlossen sind. Wenn sie angefragt haben, ob sie Breitbandanschlüsse bekommen können, dann wurde gesagt: Nein, es ist nicht möglich, weil es sich nicht rechnet. - Das ist doch der Punkt.

Wir regen an, dass die Kommunen davon profitieren sollen, wenn der Staat Fördermittel in die Hand nimmt, wenn das Breitbandnetz finanziert wird. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Dr. Thiel, es gibt zwei Nachfragen. - Frau Dr. Hüskens möchte noch einmal in die Lücke stoßen. Dann fragt Herr Gürth.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Dr. Thiel, ich glaube, wir sind uns bei dem Ziel, das wir haben, überraschenderweise sehr nah.

(Herr Tullner, CDU: Ach! - Weitere Zurufe von der CDU)

Nur eines will ich einmal klar sagen: Markt bedeutet nicht, dass ein Unternehmen eine Leistung zu einem Preis anbietet, der sich nicht rechnet.

(Herr Franke, FDP: Das wissen Sie auch, Herr Thiel!)

Das wissen Sie, glaube ich, sogar fast noch besser als ich, weil Sie Unternehmer sind. Deshalb kann man das nicht als Marktversagen bezeichnen.

(Minister Herr Robra: Das ist das klassische Beispiel für Marktversagen!)

- Nein. - Aber es ist völlig richtig, dass wir tatsächlich das Problem haben, dass einige Kommunen zu wenig Masse haben, um für Unternehmen lukrativ zu sein. Das war genau unser Ansatz. Ich hatte das bei Ihnen eigentlich auch so verstanden, dass man sagt: Wenn es nicht geht, dass eine einzelne Kommune als Anbieter auftritt, dann müssen wir größere Verbände bilden. Das können die Landkreise sein oder es können wie in Niedersachsen Cluster gebildet werden, die dann eine so große Nachfrage darstellen, dass es sich für die Unternehmen rechnet.

Ich finde es in diesem Fall ein bisschen schräg, es als Marktversagen zu betrachten; denn der Markt funktioniert genau so, dass ein Produkt zu einem Preis angeboten wird, der sich für den Anbietenden rechnet und der für denjenigen, der nachfragt, auch akzeptabel ist. Wir könnten es auch anders herum machen. Man könnte natürlich auch sagen: Wir gehen über den Preis. - Nur dann müssen wir uns alle einmal an die Nase fassen und überlegen, was wir für einen Breitbandanschluss selbst bezahlen würden. Ich glaube, da gibt es schlicht und ergreifend auch irgendwo eine Grenze.

(Herr Gürth, CDU: Das ist das Entscheidende! Der Preis ist das Regulativ!)

Präsident Herr Steinecke:

Das war ja mehr oder weniger noch einmal eine Intervention oder eine Meinungsäußerung.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Nein, es war eine Frage!)

Jetzt wollte Herr Gürth noch einmal fragen.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Nein, es war eine Frage!)

- Sie kommen doch dran, Herr Dr. Thiel. Das ist doch keine Frage. - Herr Gürth.

(Herr Gürth, CDU: Das hat sich erledigt!)

Herr Gürth, Sie wollen nicht mehr? - Dann Herr Dr. Thiel.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Frau Hüskens, wenn ich als Unternehmer agiere, dann versuche ich, bei einem Auftrag den höchstmöglichen Gewinn für mein Unternehmen zu realisieren. Das ist richtig.

(Herr Tullner, CDU: Auch bei der Linkspartei!)

- Auch bei der Linkspartei.

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Für Wählerstimmen!)

Wenn ich aber als Unternehmer agiere, um sozusagen einen Versorgungsauftrag - ich will es einmal so bezeichnen - zu erfüllen, dann weiß ich ganz genau, dass ich in bestimmten Bereichen Gewinn machen kann und in bestimmten Bereichen zusetzen muss, um den Versorgungsauftrag insgesamt zu bewerkstelligen.

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Genau!)

Das macht man im privaten Bereich in vielen Branchen genauso. Das ist doch nicht das Problem.

Die Frage ist doch ganz einfach: Man weiß doch, dass die Telekommunikationsanbieter sozusagen satte Gewinne machen, es sei denn, sie verspielen sie gerade mal an der Börse. Aber das weiß man doch. Dann muss man einfach als Öffentlichkeit, als Politiker sagen: Okay, von den Gewinnen, die ihr macht, wird ein kleiner Teil abgegeben, um gerade in unwirtschaftlichen Gebieten ein gleiches Angebot zu gewährleisten.

Das fordern wir an dieser Stelle ein, liebe Frau Hüskens. Wir wollen nicht nur die einseitige Gewinnmaximierung. Wenn ich einen Versorgungsauftrag bekomme, Herr Franke, wenn Sie Ihr Cluster ausgeschrieben haben, dann weiß ich ganz genau, zu welchen Kosten das entstehen wird.

Sie haben gesagt, Sie wollen dem den Zuschlag geben, der die meisten Breitbandanschlüsse bietet. Das reicht uns nicht aus. Wir wollen Breitbandversorgung für alle. Und dafür muss man einen entsprechenden Preis finden.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Dr. Thiel. - Jetzt kommen wir zum letzten Debattenbeitrag, dem der CDU. Herr Thomas, Sie haben das Wort.

Herr Thomas (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein, wie ich finde, wichtiges und bedeutsames Thema beschäftigt

uns heute in der Aktuellen Debatte. Insbesondere diejenigen unter uns, die einen entsprechenden Breitbandanschluss besitzen, werden sagen: Gott sei Dank, wir haben ihn. Und diejenigen, die ihn nicht haben, werden ihn schmerzlich vermissen und werden sagen: Wir brauchen ihn.

Herr Dr. Thiel, als Sie gesagt haben, DIE LINKE betrachte das als Daseinsvorsorge, sind bei mir Erinnerungen wach geworden. Es ist noch keine 20 Jahre her, dass ich um einen Telefonanschluss gekämpft habe.

(Beifall bei der CDU - Herr Tullner, CDU: Sehr schön!)

Ich sage Ihnen, es hat lange gedauert, und ich, der ich damals gerade ein Unternehmen gegründet hatte, war froh, als ich ihn endlich hatte, was übrigens erst in den 90er-Jahren geklappt hat. Insofern, denke ich, wissen wir, worüber wir reden und haben auch Verständnis für die Leute, die heute noch keinen Anschluss haben.

(Beifall bei der CDU)

Insofern freue ich mich, dass wir heute über dieses Thema diskutieren. Erlauben Sie mir, Sie am Beginn meiner Ausführungen auf eine kurze Zeitreise mitzunehmen. Es macht schon Sinn, sich die Entwicklung der Telekommunikation anzuschauen, weil es mit der Geschichte im Rücken und mit dem Blick nach vorn sehr schwierig wird, darüber zu diskutieren, wohin die Entwicklung gehen wird.

Meine Damen und Herren! Kein anderes Medium hat sich in den letzten Jahren so sehr verändert und hat uns so intensiv beschäftigt wie die Telekommunikation. Und keine andere Technologie ist so innovativ und wird auch in den kommenden Jahren innovativ bleiben.

Zu allen Zeiten bestanden der Wunsch und auch der Drang nach Informationsaustausch von Punkt A nach Punkt B. Bereits die alten Römer versahen seit dem ersten Jahrhundert ihre Wachtürme mit entsprechenden Mitteln, um durch Feuer und Rauchzeichen vor Gefahren zu warnen.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere daran: Es gab auch Boten, die losgeschickt wurden und die bei der Überbringung einer schlechten Nachricht das Leben verloren.

(Herr Tullner, CDU: Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei!)

Insofern bin ich froh, dass diese Zeiten vorbei sind.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass es auch hier in unserer Region, in Magdeburg eine optische Telegrafienlinie gab, mit der es möglich war, über große Distanzen Informationen zu versenden. Aber bei Nebel und bei schlechtem Wetter hat das wohl schlecht funktioniert, und so ist die eine oder andere Nachricht wohl auch falsch angekommen, was letztlich zu vielen Konflikten, manchmal sogar zu Kriegen geführt hat.

Insofern ist es, denke ich, richtig, darauf hinzuweisen, dass es eigentlich erst im 19. Jahrhundert mithilfe der Erfindung des Telefonapparates gelang - übrigens durch den Amerikaner David Edward Hughes und den Deutschen Werner von Siemens -, Gespräche in Echtzeit zu übertragen. Natürlich wurde das zu einem der wichtigsten Wachstumsmotoren. Auch damals gab es berechtigterweise die Diskussion: Wie bekommen wir es hin, dass möglichst jeder von dieser neuen Technologie profitiert?

Dazu sage ich Ihnen: Wenn man sich das weiter anschaut, sieht man: Seitdem ist die Entwicklung weit vorangeschritten; Computertechnik und Digitalisierung ermöglichen völlig neue Entwicklungszyklen. Heute bestimmen Mobiltelefone und das Internet unseren täglichen Lebensrhythmus. Wir haben uns daran gewöhnt und würden wahrscheinlich gar nicht mehr ohne diese Medien zurechtkommen.

Und auch das gehört zur Wahrheit an dieser Stelle: Noch vor wenigen Jahren waren selbst Experten der Ansicht, dass niemand einen breitbandigen Anschluss mit mehr als 768 Kilobit pro Sekunde benötigt. Nun weiß ich ja, dass viele unter uns mit dem Stichwort „Breitband“ nichts anfangen können. Was ist das eigentlich? - Wir reden vom superschnellen Internet.

Gestatten Sie mir vielleicht einen Vergleich, um das zu verdeutlichen: Wenn wir heute Abend nach schwerem Tagwerk nach Hause kommen und ein Vollbad in unserer schönen Wanne genießen möchten, dann gibt es Leute unter uns, bei denen, wenn sie den Hahn aufdrehen, ein satter, warmer Strahl kommt, und innerhalb von Minuten ist die Wanne gefüllt und man kann das Bad genießen. Das sind die Leute, die quasi einen Breitbandanschluss haben.

Und dann gibt es Leute, bei denen tropft der Wasserhahn. Die können sich vielleicht am Sonntagabend daranmachen, ihr Bad zu nehmen, weil dann die Wanne gefüllt ist. Das sind dann die, die zumindest eine Internetverbindung haben, sprich einen Anschluss, aber so langsam, dass das Arbeiten nicht möglich ist.

Ich denke, alle haben das Recht auf diesen warmen, starken Strahl. Deshalb tun wir auch gut daran, hier darüber zu beraten und das vorzubereiten.

(Herr Tullner, CDU: Das habe ich nicht verstanden!)

- Herr Tullner, Sie sehen so frisch aus, ich nehme an, Sie haben einen warmen Strahl.

(Heiterkeit und Beifall)

Mittlerweile sind die Web-Seiten komplexer und bunter und multimedialer geworden. Wie das bei der Computertechnik so ist: Die Software geht voraus, die Hardware eilt hinterher. Jetzt sind wir wieder an einer Stelle, wo die Hardware hinterher eilt.

Herr Kollege Franke, ich sage Ihnen - das habe ich Ihnen versprochen -: Sie haben Recht, wenn Sie sagen, Sie nehmen den Spaten in die Hand. Ich möchte Sie herzlich einladen, zu mir in den Harz zu kommen und dann die erste Leitung auszuschachten. Allerdings weiß ich nicht, ob Ihnen, wenn Sie mit der Schachtarbeit fertig sind, nicht vielleicht jemand sagt: Wissen Sie, Sie hätten gar nicht zu schachten brauchen, wir hätten das auch per Funk machen können.

Das ist ein Problem, von dem wir heute alle noch nicht wissen, gerade auch im Harz - Sie haben das vorhin angesprochen; Sie wollen ja solche großen Regionen haben -, welche Technologie die beste ist. Wollen wir es über Satellit machen? Wollen wir es über Kabel machen? Wollen wir es über Funk machen? Oder wollen wir es über die Steckdose machen?

Die Steckdose ist übrigens ein interessantes Beispiel, Internet aus der Steckdose. Denn man suggeriert uns ja - das war die große Maßgabe im letzten Jahrzehnt -,

Internet über die Steckdose heiße Internet für jeden. Es hat sich aber herausgestellt, dass es so einfach doch nicht ist. Es ist nämlich sehr kostenintensiv. Es hat sich nicht gelohnt. Da hat eben die freie Wirtschaft entschieden: Das machen wir nicht, es rechnet sich für uns nicht.

Ich sage Ihnen eines: An dieser Stelle hört mein Liberalismus auf; denn auch diesen Leuten, die Internet zu normalen Preisen nicht bekommen, muss man helfen. Man muss die Bedingungen schaffen, damit sie diese Berechtigung erhalten.

Insofern macht es, denke ich, Sinn, auch über neue Technologien nachzudenken, auch wenn wir noch nicht wissen, welche Technologie wo am besten funktioniert. Ich meine, darüber lohnt es sich nachzudenken. Ansonsten versenken wir viel Geld.

Ich will Ihnen ein zweites Beispiel nennen: die Glasfaserkabel, die mithilfe der Telekom in den 90er-Jahren verlegt wurden. Sie waren über Jahre hinweg verpönt, weil man gesagt hat: Es ist doch nicht die Übertragungsqualität, die wir uns versprochen haben. Und siehe da, in den letzten Jahren erfindet man das Glasfaserkabel neu und sagt: Es ist doch ein Supermedium zum Übertragen. Wir brauchen jetzt nur noch Anschlussgeräte, die diese Signale umsetzen.

Insofern, denke ich, ist die Entwicklung spannend und muss von uns beobachtet werden. Aber, wie gesagt, ich maße mir nicht an zu beurteilen, welche Entwicklung letztlich der Stein der Weisen sein wird. Wir sind uns im Hinblick auf das Ziel einig. Und das ist eine wohltuende Nachricht auch für die Leute, die auf das schnelle Internet warten - ich betone: das schnelle Internet. Denn das Internet an sich ist schon recht weit verbreitet.

Wir unterstützen diese Initiative. Ich bin auch unserem Staatsminister sehr dankbar, dass er klipp und klar gesagt hat, dass wir Anfang Mai eine entsprechende Strategie seitens des Landes vorgelegt bekommen. Ich denke, es lohnt sich, über diese zu diskutieren.

Nachdem wir alle hier zu diesem Thema sensibilisiert worden sind, möchte ich noch auf eine Sache hinweisen; Herr Dr. Thiel, auch auf Ihre Anfrage. Ich denke, wir sind uns alle einig, die Rahmenbedingungen haben sich im letzten Jahr schlagartig verändert. Das Geld, das heute zur Verfügung steht, hat im letzten Jahr noch keiner vermutet. Insofern freue ich mich, dass analog zum schnellen Internet auch wir möglichst schnell reagieren, um dieses Geld möglichst nachhaltig einzusetzen.

Ich freue mich auf die gemeinsame Diskussion zu diesem Thema, um dafür zu sorgen, dass wir dieses Ziel erreichen, nämlich bis 2010 das schnelle Internet für jeden und bis 2014 das superschnelle Internet bis 50 Megabit pro Sekunde für 75 % der Anschlüsse bereitzustellen. Ich denke, das unterstützen wir auch. - Ich freue mich auf die Diskussion und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Thomas. - Superschnell haben sich jetzt gemeldet Herr Tullner, Herr Franke und Herr Gallert. Wollen Sie die drei Fragen beantworten?

Herr Thomas (CDU):

Das mache ich gerne.

Präsident Herr Steinecke:

Dann bitte, Herr Tullner. Danach Herr Franke und Herr Gallert.

Herr Tullner (CDU):

Lieber Kollege Thomas, Ihre Rede hat mich sehr begeistert. Das Beispiel mit der Badewanne konnte ich dann doch nachvollziehen. Aber zu meiner Frage. Sie haben das Harzer Beispiel in den Vordergrund gestellt, weil Sie auch aus dem Harz kommen. In der Verkehrstechnologie setzen Sie aber doch auf die Schmalspurvariante. Wenn Sie jetzt hier für Breitband werben, ist das ein Widerspruch? Und wie würden Sie den auflösen?

Herr Thomas (CDU):

Ich habe nicht von Schmalspurbahn gesprochen. Herr Tullner, ich lade Sie in den Harz ein. Dann fahren wir gemeinsam vom Brocken herunter, und dann werden Sie sehen, wie schnell eine Harzer Schmalspurbahn fahren kann. Ich lade Sie gerne ein.

Aber ich will noch etwas ergänzen.

Präsident Herr Steinecke:

Bitte, ergänzen Sie.

Herr Thomas (CDU):

Ein wichtiger Gedanke ist: Wir sollten natürlich aufpassen - der Staatsminister hat es auch schon erwähnt, und das halte ich für wichtig -, dass wir, wenn wir Strukturen entwickeln, wie beispielsweise Autobahnen in die Altmark, die sehr wichtig sind und die auch gewollt sind, andere Autobahnen, sprich die Datenautobahn, nicht aus dem Auge verlieren und dass wir auch lernen, Infrastrukturen parallel zu entwickeln, also nicht getrennt voneinander.

Das ist auch Aufgabe dieser Strategie, das miteinander zu verknüpfen. Insofern kann man auch unter einem Schmalspurgleis ein Datenkabel verlegen, das sehr schnell Informationen transportiert.

(Herr Tullner, CDU: Wunderbar!)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Franke, bitte.

Herr Franke (FDP):

Herr Thomas, was halten Sie denn von dem Ansatz, ein Breitbandkompetenzzentrum für Sachsen-Anhalt zu schaffen, das wir vielleicht bei der Hochschule Harz anbinden können?

Herr Thomas (CDU):

Herr Franke, ich weiß, dass es gerade in der Hochschule Harz schon Forschungsprojekte zu diesem Thema gibt. Es gibt einen Professor, Herrn Professor Fischer-Hirchert, der sich damit beschäftigt. Ich denke, es macht dann Sinn, solch eine Kompetenzstelle zu schaffen, wenn wir in kurzer Zeit auch wirklich belastbare Ergebnisse bekommen können.

Wissen Sie, dem Bürger ist es doch letztlich egal. Der sagt: Ich möchte das schnelle Internet haben; wie ihr das macht, das ist eure Sache. Es ist unsere Aufgabe,

eine Lösung zu finden. Wenn die Bildung einer Kompetenzstelle ein hilfreicher Punkt sein sollte, dann stehe ich solch einer Sache durchaus aufgeschlossen gegenüber.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Herr Gallert, bitte.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Harms, ich habe von Ihnen genau wie vom Staatssekretär - -

(Herr Tullner, CDU: Thomas! Nicht Harms!)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Thomas.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Ja, Herr Thomas. Es ist in Ordnung. Offensichtlich sind sie in der Körpergröße identisch.

(Herr Tullner, CDU: Brille!)

Ich habe von Ihnen wie auch vom Herrn Staatssekretär gehört - auch bei der Antwort auf die Frage des Kollegen Franke -, dass es wichtig sei, aber dass man erst im Mai die grundlegenden Voraussetzungen dafür habe, dass man erst einmal sehen müsse, wie die Problemlage sei und dass man erst später handeln könne. Das hat Herr Robra so gesagt und das haben Sie so gesagt.

Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund denn die Tatsache, dass es für diese Breitbandgeschichte längst Fördermittel aus dem Landestopf gibt, nämlich über die Ämter für Landwirtschaft und Flurneuordnung? - Daraus müsste man doch eigentlich die logische Konsequenz ziehen, dass die Fördermittel völlig konzeptionslos ausgegeben werden.

Herr Thomas (CDU):

Herr Kollege Gallert, wenn Sie Förderprogramme auflegen, dann gehen bei Ihnen Förderanträge ein. Dann muss es also Kommunen geben, die schon klipp und klar sagen können: Wir haben an diesen und jenen Stellen die weißen Löcher. Es gibt Städte, in denen es Stadtteile gibt, die versorgt sind, und andere, die unterversorgt sind.

Wir alle haben beklagt, dass wir eine Landkarte, auf der wir sehen, wo welche Internetanbindung mit welcher Geschwindigkeit verfügbar ist, überhaupt nicht haben. Ich denke, dass das auch ein Stück weit aus den Kommunen zugearbeitet werden muss. Wenn ich als Kommune Fördermittel beantrage, dann muss ich doch ausagekräftig dazu sein, an welcher Stelle die Anschlüsse fehlen.

Ich denke, es sind alle aufgerufen. Deshalb war der Breitbandgipfel auch eine Art Startschuss für die Kommunen. Ich selbst bin Stadtrat. Wenn man mich fragen würde, wie der Stand der Versorgung in Quedlinburg ist, dann könnte ich es Ihnen nicht aus dem Stand beantworten, weil wir uns mit diesem Thema noch nicht beschäftigt haben. Vielleicht geht heute der Ruf an die Kommunen heraus, das doch einmal klipp und klar zu definieren und festzulegen, damit wir überhaupt stichhaltige Angaben zum Bedarf haben.

(Zustimmung bei der CDU und von Staatsminister Herrn Robra)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Thomas. - Vielen Dank auch dem Herrn Staatsminister. Er ist nicht Staatssekretär, sondern Staatsminister.

Wir sind damit am Ende der Debatte angelangt. Beschlüsse zur Sache werden gemäß § 46 unserer Geschäftsordnung nicht gefasst. Wir können den Tagesordnungspunkt verlassen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aussprache zur Großen Anfrage**Bewertung der EU-Strukturfondsförderung von 2000 bis 2006**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/1339**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 5/1430**

Wir haben für die Aussprache die Redezeitstruktur C mit einer Redezeit von 45 Minuten gewählt. Entsprechend unserer Geschäftsordnung erteile ich zunächst dem Abgeordneten Herrn Czeke von der Fraktion DIE LINKE das Wort. Bitte schön, Herr Czeke.

(Herr Tullner, CDU: Dem Herrn Kandidaten! - Herr Gürth, CDU: Der Kandidat!)

Herr Czeke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es hier im wahrsten Sinne des Wortes mit einem sehr schwergewichtigen Thema zu tun, wie man sehr schön an diesem Stapel Papier erkennen kann.

(Der Abgeordnete hebt einen Stapel Papier in die Höhe)

Ich gebe zu, wir haben eine sehr ausführliche Anfrage an die Landesregierung gestellt, aber die Antwort bzw. zumindest die Länge der Antwort, leider nicht der Inhalt, übertraf doch bei Weitem unsere Erwartungen.

(Minister Herr Bullerjahn: Na, na, Herr Czeke!)

Die Antwort auf unsere Große Anfrage zur Bilanz der EU-Strukturfonds 2000 bis 2006 umfasst ganze 713 Seiten. Sie ist damit fast doppelt so stark wie der Nachtragshaushalt, der gestern behandelt wurde. Allerdings sind davon nur 59 Seiten Text; der Rest sind Listen, Tabellen usw. Allein 514 Seiten enthalten eine Auflistung von Indikatoren - immerhin.

Doch worum ging es uns in unserer Großen Anfrage? - Es ging um die EU-Strukturfonds und den Beitrag der EU-Regionalpolitik für das Land Sachsen-Anhalt in der Förderperiode 2000 bis 2006.

Laut Definition besteht das Ziel der europäischen Regionalpolitik darin, die Solidarität in der Europäischen Union durch die wirtschaftliche und soziale Kohäsion konkret umzusetzen, indem sie die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen verringert. - Das ist nicht von mir, sondern das ist eine EU-Definition.

Das heißt, dass mit den Strukturfonds die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in bzw. zwischen den Regionen bekämpft werden sollen. Es werden vor allem die Regionen gefördert, die in ihrer Wirtschaftskraft ne-

gativ vom Durchschnitt der EU abweichen. Dazu gehört leider auch das Land Sachsen-Anhalt.

Aus diesem Grund wurden in der Förderperiode 2000 bis 2006 für das gesamte Land Sachsen-Anhalt mit Stichtag 31. Mai 2008 laut der mir vorliegenden Anlage 2 Strukturfondsmittel in Höhe von rund 3,275 Milliarden € an das Land gezahlt. Und die im Zusammenhang mit den Strukturfonds insgesamt verausgabten Mittel belaufen sich sogar auf rund 11,3 Milliarden €.

Die Gesamtausgaben verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Fonds - wie gesagt, immer mit Auszahlungsstand 31. Mai 2008 -: EFRE 1,825 Milliarden €, ESF 685,44 Millionen € und EAGFL 758,34 Millionen €.

Diese Mittel wurden in Sachsen-Anhalt auf die Schwerpunkte und auf die technische Hilfe verteilt; fünf Schwerpunkte wurden benannt - wie gesagt, mit Auszahlungsstand 31. Mai 2008 -:

Schwerpunkt 1 - Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der KMU -: 891,8 Millionen € - die KMU betone ich deshalb, weil ich darauf nachher noch mit einem Schmankerl zurückkommen werde -, Schwerpunkt 4 - Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit -: 664,5 Millionen €, Schwerpunkt 5 - Ländliche Entwicklung -: 754 Millionen € und technische Hilfe: immerhin noch 39,663 Millionen €.

Ich denke, dass wir alle darin einig sind, dass diese Mittel - das ist sehr positiv - einen wichtigen Beitrag zum Voranbringen unseres Landes leisten. Worin wir uns aber wahrscheinlich unterscheiden, ist die Auffassung über die Ausrichtung und Verteilung dieser Mittel.

Wir sind uns vielleicht noch darin einig, dass eine ausgewogene Verteilung der Mittel auf die Wirtschaft und das Arbeitskräftepotenzial das Beste wäre.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist im Land Sachsen-Anhalt aber leider nicht der Fall; es liegt eine klare Verschiebung zugunsten der Unternehmen vor. Das ist auch nach der eben geführten Debatte nicht verwunderlich. Die Schwerpunkte 1 und 2 umfassen zusammen ein Volumen von 1,7 Milliarden €, während der Schwerpunkt 4 - Förderung des Arbeitskräftepotenzials und der Chancengleichheit - gerade einmal ein Volumen von 660 Millionen € aufweist - aber trotz alledem: immerhin.

Es hat sich gezeigt, dass wir in Zukunft mit einem nicht unerheblichen Fachkräftemangel im Land konfrontiert sein werden - das sind wir eigentlich schon jetzt. Schon heute können nicht alle Ausbildungsstellen in den Unternehmen besetzt werden, weil die Bewerber die Anforderungen der Unternehmen nicht erfüllen, weil sie teilweise über einen zu schlechten Bildungsabschluss verfügen oder trotz ihres Bildungsabschlusses nicht die nötigen Fertigkeiten und Kenntnisse mitbringen - Stichwort Demografie.

Es ist also dringend notwendig, vor allem in die Bildung und in das Arbeitskräftepotenzial unseres Landes zu investieren - alles EU-Ziele. Aber auch in der jetzigen Förderperiode konzentriert sich die Landesregierung vor allem auf die Wirtschaft und auf die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Während der EFRE in dem Förderzeitraum von 2007 bis 2013 ein Volumen von 1,93 Milliarden € umfasst - zuvor waren es 1,7 Milliarden € -, liegt dieses beim ESF bei nur 644 Millionen €. Vorher waren es immerhin noch 660 Millionen €.

Hierbei macht sich wieder die unserer Meinung nach auf den freien Wettbewerb ausgerichtete Politik der EU bemerkbar, in der die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen Vorrang vor sozialen Aspekten genießt.

Der jetzige Kommissionspräsident Barroso will den europäischen Sozialraum aber als Vorbild für andere Nationen auf dem G20-Gipfel am 1. und 2. April 2009 in London präsentieren, zum Beispiel für Länder wie China, Indien und Indonesien. Und auch die Landesregierung bekennt sich dazu, den Sozialraum Europa im demografischen Wandel mitzugestalten.

Barrosos Geschenk - heute verkündet -: Zum 7. Juni 2009 wird doch ein 5-Milliarden-€-Programm für neue Energieleitungen und für die ländliche Entwicklung aufgelegt. Auch hierin ist die Breitbandversorgung vorgesehen.

Ich hatte Folgendes bereits in einer der letzten Sitzungen zitiert:

„Eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Förderung sozialer Gerechtigkeit unter den Bedingungen des demografischen Wandels sind auch und gerade für Sachsen-Anhalt im Herzen Mitteleuropas von großer Bedeutung.

Ein hohes Niveau von Beschäftigung und Gesundheitsschutz, die Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes sind auch Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und erfordern im europäischen Binnenmarkt gemeinschaftsweite Mindeststandards. Sachsen-Anhalt wird sich deshalb weiterhin aktiv bei der Ausgestaltung des europäischen Sozialraums und der Gestaltung des demografischen Wandels einbringen.“

Diesbezüglich frage ich die Landesregierung: Wie sieht Plan B aus? - Denn Plan A, wie ihn Staatssekretärin Diemel erdacht hat, ist das Heimkehrerpäckchen mit T-Shirt auf dem steht: „Wir stehen früher auf!“

(Beifall bei der LINKEN)

Nun möchte ich zu den Antworten der Landesregierung auf unsere Anfrage zurückkommen. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass wir doch sehr von der Qualität der Antwort auf unsere Anfrage enttäuscht waren. Es ist nicht nur so, dass die Antworten anscheinend teilweise nur aus anderen Dokumenten herauskopiert worden sind - hierbei hat man sich meist nicht einmal die Mühe gemacht, die Zeitformen der Verben anzupassen -, sie waren zudem inhalts- und aussageleer.

Diese Antworten haben unseres Erachtens nicht zur Verbesserung der Transparenz und der Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Union beigetragen. Wenn sich ein Bürger tatsächlich die Mühe machen würde, diese 713 Seiten zu lesen bzw. durcharbeiten, dann würde sich das Bild vom „Bürokratiemonster EU“ eher noch verstärken. Aber der Kollege Stoiber arbeitet ja daran.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Auch wird leider keine Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg übernommen; vielmehr wird in bewährter Weise auf andere Entscheidungsträger als Zuständige verwiesen. Diese Herausredetaktik zieht sich wie ein roter Faden durch die Antworten der Landesregierung.

Uns liegt auch eine Antwort auf eine ähnliche Anfrage unserer Kolleginnen und Kollegen in Thüringen vor, bei

der man einen deutlichen, positiven Unterschied in der Qualität zu den Antworten unserer Landesregierung feststellen kann. Die Antwort der thüringischen Landesregierung umfasste übrigens lediglich 70 Seiten mitsamt Listen und Tabellen, das entspricht gerade einmal einem Zehntel des Umfangs der Antwort unserer Landesregierung. Aber die Quantität allein macht es nicht. Solche Unterschiede hatten wir in Mitteldeutschland nicht erwartet, ist doch Thüringen auch CDU-regiert.

In den Antworten unserer Landesregierung sind des Weiteren kaum Bewertungen und Beurteilungen vorgenommen worden; wenn doch, dann wurden meist nur sehr allgemeine Antworten gegeben, die nicht den Anschein erweckt haben, dass sie auf einer gründlichen Erfolgsanalyse fußen.

Damit wären wir beim Thema Erfolgsanalyse. Diese ist ein weiteres, unseres Erachtens sehr diffiziles Detail; denn eine solche Analyse fand meist gar nicht statt. Allerdings muss ich der Landesregierung zugestehen, dass diese meist auch gar nicht möglich war, weil - wie die Landesregierung immer wieder betont - die von der Kommission vorgegebenen Indikatoren - ich zitiere - „nicht alle ... sinnvoll auswertbar sind“.

An dieser Stelle sei die Frage gestattet: Warum werden sie dann angewendet?

Dieser Umstand wäre vielleicht bei einer kleinen Anzahl von Fällen verständlich, jedoch mutiert diese Phrase schon fast zur Standardantwort in der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage.

Ich möchte nur eines von vielen Beispielen für eine unseres Erachtens nicht ausreichende Erfolgsanalyse benennen, nämlich die Antwort auf Frage 12. Ich lese die Frage vor:

„Wie viele Dauerarbeitsplätze, die mithilfe von Fördermitteln der EU im Zeitraum 2000 - 2006 geschaffen und gesichert worden sind, wurden mindestens ein Jahr nach dem Auslaufen der Förderung erhalten?“

Die Antwort der Landesregierung lautet:

„Eine Gegenüberstellung des Istwerts zum Zeitpunkt der Verwendungsnachweisprüfung sowie nach Ende des ersten Jahres der Zweckbindung erfolgt nicht.“

Man darf schon einmal die Frage nach der Nachhaltigkeit von bestimmten Maßnahmen und Projekten stellen, wenn wir nicht einmal ein Jahr nach dem Auslaufen des Projekts wissen, ob die Arbeitsplätze dort überhaupt noch existieren. Entschuldigen Sie bitte, meine Damen und Herren, doch einen solchen Umstand finde ich sehr fatal.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist uns durchaus bewusst, dass die Förderperiode 2000 bis 2006 auch mit der n+2-Regel im Jahr 2008 zu Ende ist und dass inzwischen theoretisch seit dem Jahr 2007, praktisch seit dem Jahr 2008 eine neue Förderperiode läuft und dass dafür auch die Indikatoren überarbeitet wurden. Doch nichtsdestotrotz werden wir natürlich unter diesen Gesichtspunkten bei den Berichten zur laufenden Förderperiode ganz genau hinschauen und die bis dato von der Landesregierung vorgezeigten Erfolge hinterfragen.

Nun möchte ich einige Zahlen im Detail nennen, soweit dies bei 713 Seiten und meiner Redezeit überhaupt mög-

lich ist. Schaut man sich die Gegenüberstellung von Plan-, Soll- und Istwerten bei der Bewilligung und der Zahlung an, kann man eigentlich recht zufrieden sein. Geht man aber doch ein wenig weiter ins Detail, indem man sich die Jahresscheiben und hierbei das Verhältnis von Zahlungen gegenüber dem Plan in den einzelnen Schwerpunkten ansieht, dann fällt einem doch so manches auf, das einer Klärung bedarf.

Dass es im ersten Jahr der Förderperiode Anlaufschwierigkeiten - sei es durch eine verzögerte Genehmigung der Programme oder Schwierigkeiten bei der Erarbeitung von Förderrichtlinien - gab, könnte ich verstehen; aber es gab, wenn man sich die Zahlungen anschaut, gerade in Bezug auf Schwerpunkt 4 - Arbeitskräftepotenzial - massive Probleme.

Im Jahr 2000 erreichte man nicht einmal 1 % des Plans. Wie gesagt, das könnte man, wenn man tief in sich geht, noch verstehen. Aber während im zweiten Jahr der Schwerpunkt 3 - Umwelt - fast 100 % und Schwerpunkt 1 - Wettbewerbsfähigkeit - rund 60 % erreicht, liegt dieser Wert bei Schwerpunkt 4 bei gerade einmal 17 %.

Der Umfang der erreichten Ziele stieg zwar in den nächsten Jahren stetig an und erreichte auch in einem Jahr den absoluten Spitzenwert von 230 %, aber erstens gab es zwischendurch ein unerklärliches Absinken auf 75 % im Jahr 2004, während bei den anderen Schwerpunkten keine Veränderung erkennbar war, und zweitens sank auch in den Jahren 2007 und 2008, in denen Mittel aufgrund der Mittelbindung n+2 noch ausbezahlt wurden, der Umfang der zur Verfügung gestellten Mittel drastisch, zum Beispiel im Vergleich mit dem Schwerpunkt Wettbewerbsfähigkeit.

Man könnte also nicht sagen, dass die Mittel aufgrund der schwierigen Anlaufzeit länger gestreckt werden konnten; denn das war definitiv nicht der Fall. Aber immerhin kommen wir bis zum 31. Mai 2008 auf einen Zielerreichungsgrad von insgesamt 98 %.

Wir würden dennoch gern wissen, was denn der Grund für die genannten Schwierigkeiten war und, Herr Finanzminister, welche Maßnahmen die Landesregierung unternommen hat, um dies in dieser Förderperiode zu verhindern.

Im Moment sieht es nicht gerade so aus, als wäre die Landesregierung sehr lernfähig gewesen. Aber wie Herr Olbertz bei der letzten Landtagssitzung so schön gesagt hat: „Wir sind im Plan.“

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Die Chancengleichheit ist ein weiterer Schwerpunkt, auf den ich in meiner kurzen Redezeit eingehen möchte. Die Antwort der Landesregierung hat uns nämlich wieder einmal gezeigt, dass das Problem Chancengleichheit von Frauen und Männern noch nicht bei der Landesregierung angekommen ist. In der Frage 23 wollten wir gern wissen:

„Wie stellte und stellt die Landesregierung sicher, dass die Verwendung von EU-Fördergeldern den Kriterien und Forderungen der Nachhaltigkeit, beispielsweise im Bereich Chancengleichheit, entspricht?“

Als erstes Beispiel für die Umsetzung einer nachhaltigen Förderung im Sinne von Barrierefreiheit und Chancengleichheit wird das Freiwillige Soziale Jahr genannt - es gibt übrigens auch das Freiwillige Ökologische Jahr,

aber das wird hierin nicht beleuchtet -, weil laut Landesregierung dort - gemeint ist das FSJ - „alle jungen Menschen“ - so wörtlich -, „die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet, aber die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben, Zugang zu dieser Maßnahme haben“. Insoweit ist laut Landesregierung die Chancengleichheit gewahrt.

Ganz ehrlich, es erschließt sich mir jetzt nicht so ganz, inwieweit dieses Projekt, so schön wie das FSJ auch ist, explizit als Beispielprojekt zur Chancengleichheit von Frauen und Männern beiträgt.

Auch bei der Frage 37 nach der spezifischen Förderung von Frauen antwortet die Landesregierung:

„Das FSJ ist zwar nicht als ein spezifisches Förderangebot an bzw. für Frauen auszulegen, es wird aber faktisch mehr von jungen Frauen genutzt und fördert damit mehr junge Frauen als junge Männer.“

An dieser Stelle sei auch gleich noch ein anderes Detail erwähnt, das bei unserer Fraktion für Verwunderung sorgte:

(Herr Gürth, CDU: Das wollte ich schon immer wissen!)

Die Listen in Anlage 1 - sie umfasst immerhin 146 Seiten - und Anlage 6 - sie umfasst 368 Seiten - geben die Indikatoren, die die Landesregierung erhoben hat, und ihren Zielerreichungsgrad wieder. In diesen Listen erscheinen unter anderem die Indikatoren Männer und Frauen, indem quasi nach Maßnahmeebenen aufgezählt wird, wie viele Männer und wie viele Frauen an Projekten und Aktionen teilgenommen haben.

(Herr Borgwardt, CDU: Frankreich!)

Interessant ist dabei, dass in dieser Liste bei der Maßnahme 4.51.2 - Verbesserung der Aufstiegschancen von Frauen sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - 93 Personen gefördert wurden, die den Indikator „Männer“ erfüllen.

(Heiterkeit bei der LINKEN - Herr Gürth, CDU: Was ist mit 4.1.1?)

Nun gut, man könnte vielleicht annehmen, dass diese 93 Personen männlichen Geschlechts vor allem unter dem Blickwinkel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wurden. Das erklärt allerdings nicht, wie ganze 262 Personen, die das Kriterium „Männer“ erfüllen, in der Maßnahme 4.51.1 - Beratung, Qualifizierung und Hilfen zur Eingliederung von Frauen -

(Heiterkeit bei der LINKEN)

inklusive Modellmaßnahmen gefördert wurden.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der LINKEN - Zustimmung von Frau Schmidt, SPD)

Das müsste mir noch jemand erklären. Vielleicht waren das ja auch nur die eben genannten Modellmaßnahmen.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Aber wir sind zuversichtlich, dass die Chancengleichheit und die Gleichstellung von Frauen und Männern doch den Stellenwert in der Umsetzung der Förderprogramme der EU zumindest in dieser Förderperiode einnimmt, da die Landesregierung in ihren Schwerpunkten der europapolitischen Aktivitäten Folgendes zum Thema Chancengleichheit verlauten ließ: Einerseits erfolgt in Sachsen-Anhalt die Umsetzung der Lissabon- und Göteborg-

Ziele bereits mit spezifischen Maßnahmen, die den individuellen Diskriminierungsschutz ergänzen, subjektive Teilhabe sicherstellen und zur Beseitigung bestehender Nachteile beitragen. Andererseits verspricht die praktizierte Doppelstrategie gezielter Förderung und Gender-Mainstreaming einen entsprechenden Erfolg. Aufsetzend auf einer geschlechtsdifferenzierten Daten- und Faktenerhebung erfolgen gezielte, arbeitsmarktbezogene, passgenaue Interventionen und Förderleistungen.

Ach ja, gezielte Förderung. Ich hoffe, mein eben vorgestelltes Beispiel gehört nicht zu diesem Punkt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Czeke. Sie waren fast im Plan. Herzlichen Dank dafür.

Meine Damen und Herren! Wir begrüßen Schülerinnen und Schüler der Thomas-Müntzer-Sekundarschule Magdeburg auf der Südtribüne und auf der Nordtribüne Seniorinnen und Senioren aus Salzwedel. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Nun erteile ich Herrn Staatsminister Robra das Wort. Ach nein, Entschuldigung,

(Heiterkeit)

Herr Finanzminister Bullerjahn will das Wort nehmen. Bitte schön.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Was heißt, will? Wir haben uns gestern darauf geeinigt. Ich hoffe, Sie sind nicht völlig überrascht. Ich mache es trotzdem, Herr Präsident.

Präsident Herr Steinecke:

Ich freue mich doch darüber.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Na ja, das hat sich eben anders angehört. - Wir haben ja die EUVP, also die Verwaltungsbehörde, bei uns. Aber das, was ich jetzt vortrage - davon können Sie ausgehen -, ist mit der Landesregierung abgesprochen.

Herr Czeke hat es natürlich clever gemacht, sich bei einem solchen Betrag von Tausenden von Maßnahmen welche herauszusuchen, die zum Schmunzeln anregen. Ich sage es aber ganz klar vorweg: Ich bin der EU dankbar dafür, dass sie uns 3,5 Milliarden € zur Verfügung gestellt hat, die anhand der Lissabon- und Göteborg-Strategie den Schwerpunkten Wachstum, Beschäftigung und Bildung zur Verfügung standen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Denn unzählige Maßnahmen waren in Sachsen-Anhalt nur deswegen umsetzbar. - Ja, ich habe jetzt in den Applaus hineingesprochen, das habe ich nun davon.

Ich komme jetzt auf die Maßnahmen zu sprechen. Das wird genauso spannend wie Ihr Vortrag eben, das bleibt nicht aus.

Ich will aber die Gesamtlinie nicht verlieren. Denn wir haben zwar Landesmittel, wir haben Bundesmittel. Stellen wir uns einmal vor, in vielen Bereichen gäbe es die

EU-Mittel nicht. Dadurch wären ganze Programmebenen nicht umsetzbar. Deswegen: Bei all der Diskussion lernen wir natürlich daraus, auch was die neue Förderperiode angeht. Aber ich kann ganz klar sagen, weil es angesprochen worden ist, lieber Herr Czeke: Wir sind im Plan. Wir setzen ihn auch um.

Es gibt gewisse Entwicklungsetappen von Programmebenen, die kennen Sie ja auch: Zu Beginn dauert es ein bisschen bei der Programmierung, bei der Umsetzung. Dann gibt es einen Halt, weil alle Angst haben, dass das Programm irgendwann zu Ende ist. Am Ende schaut man genau hin, wie man die 3,5 Milliarden € zu 100 % abrufen, weil man zum Teil auch Überplanungen hat. Ich komme nachher noch darauf zurück.

Wir sind jetzt dabei, diese 100 % abzustimmen. Das ist gar nicht so einfach, bei diesen Milliarden von Euro. Es wird Diskussionen geben. Das wird das nächste Mal sicherlich genauso sein, dass Sie mir vorhalten können, dass wir nicht 100 %, sondern 99,98 % abgerufen haben. Gerade bei den 0,02 % gab es eben Probleme, die genauso zur Heiterkeit führen werden. Aber Sie werden natürlich diese 99,98 % nicht infrage stellen. Ich denke, darüber sind wir uns einig.

Es gab verschiedene Schwerpunkte, und ich hoffe, dass die Fleißarbeit trotzdem anerkannt wird, auch wenn Ihnen vielleicht aus Ihrer Sicht manche Antwort nicht hinreichend entgegengekommen ist. Aber stellen Sie sich einmal vor, wir hätten für jede einzelne Antwort den Aufwand betrieben, den Sie sich vielleicht vorgestellt hätten. Das wären ja mehrere Bände geworden.

Ich denke aber, da wir über die regionalen Ausschüsse diese Diskussion schon lange führen, dass man mit der Antwort vernünftig umgehen kann.

Es zeigt sich, dass in den Jahren von 2000 bis 2006 nicht ganz erfolglos gearbeitet wurde. Es geht um Schwerpunkte, es geht um Erfolge: Einsatz der Strukturmittel, Halbzeitbewertung der operationellen Programme und zum anderen auch das fortlaufende Monitoring. Die Ergebnisse sind daher auch in die sozioökonomische Analyse des Landes eingeflossen. Darauf aufbauend, wurden Aussagen zu den Handlungserfordernissen getroffen und die Strategie, die mit den operationellen Programmen EFRE und ESF für die Förderperiode 2007 bis 2013 verfolgt wird, abgeleitet.

Herr Czeke, Sie wissen auch: Eine der Überlegungen war ja ganz speziell in Sachsen-Anhalt beim Thema Bildung das Schulbauprogramm. Kein anderes Land baut mit neuen EU-Mitteln so wie wir - ich glaube, in Höhe von über 200 Millionen € - Schulen aus, weil eben der Schwerpunkt Bildung verstärkt werden sollte - das haben Sie jetzt in Ihrer auch etwas langen Antwort nicht mehr ganz untergebracht.

(Zuruf von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Sie wissen genau, dass für einen Aufbau erst einmal die Förderung der Wirtschaft notwendig ist. Trotzdem glaube ich, dass es bei der Mittelverteilung zwischen Wirtschaft, Sozialem und auch der Bildung in der Förderperiode 2000 bis 2006 zu vernünftigen Schwerpunktsetzungen gekommen ist. Denn Sie wissen auch: Wenn wir nur Soziales unterstützt hätten, wäre das nicht von Dauer gewesen. Zuerst geht es um die Schaffung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen, die letztendlich die Voraussetzungen für eine gute Sozialpolitik sind. Ich denke, auch diese Ansicht teilen wir alle.

Im Rahmen der Halbzeitbewertung kam unter anderem auch ein speziell für Sachsen-Anhalt konstruiertes und mit Mitteln der EU für technische Hilfe finanziertes makroökonomisches Herminmodell zur Anwendung. Das ist alles ziemlich technisch, aber das ist nun einmal in der Anfrage so angelegt worden. - Herr Dr. Püchel, bitte verschonen Sie mich jetzt mit weiteren Nachfragen, weil ich das in aller Ruhe vorlese.

(Heiterkeit)

- Na ja, was meinen Sie, wie tief wir gehen können, wenn wir uns über den EFRE-Porter unterhalten. Ich habe mir das von Dr. Heller einmal aufzeigen lassen. Für Insider kann ich nur sagen: Es ist ein tagesfüllendes Programm, wenn man diese Programmiererebenen des EFRE-Porter auseinanderhalten will. Zehntausende von Programmen zu verschiedenen Zeitpunkten bei Tausenden von Teilnehmern zu organisieren, das ist schon eine Leistung, muss ich sagen. Aber das kontinuierlich zu erklären, dazu sehe ich mich ein Stück weit außer Stande.

(Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU)

- Ja, ja, abgestimmt sowieso, wir machen hier nichts unabgestimmt.

Auf jeden Fall lassen sich die gesamtwirtschaftlichen Nachfrage- und Angebotseffekte der Strukturfonds für wirtschaftliche Schlüsselvariablen wie BIP, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auch abbilden.

Ich will dazu ein bisschen auf die Indikatoren eingehen. Hinsichtlich der makroökonomischen Wirkungen zeigen die Ergebnisse, dass wir die wirtschaftspolitischen Interventionen im Rahmen der Fonds der Jahre 2000 bis 2006 das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen-Anhalt auch nach dem Ende der Förderperiode 2000 bis 2006 langfristig bis in das Jahr 2020 positiv für das Basisszenario annehmen, das wissen Sie. Es gab ja verschiedene Annahmen auch vor der Förderperiode. Das nun jahrgenau zu machen, das wissen Sie auch, geht gar nicht.

Im Hinblick auf die aggregierte Beschäftigung zeigt das Herminmodell allerdings auch, dass die Strukturfonds sich langfristig in einem stärkeren Produktivitätsgewinn niederschlagen und die Beschäftigung weitgehend unbeeinflusst lassen, was aber indirekt dann trotzdem zu Beschäftigung führt.

Es ist zu erwarten, dass dieses bekannte Phänomen mittelfristig noch andauern wird. Langfristig wird in dem Modell prognostiziert, dass die mithilfe der Strukturfonds erzielten Produktivitätsgewinne - auch indirekt, ich sagte es gerade, sie schaffen Wettbewerbsvorteile - natürlich weitere Ansiedlungen nach sich ziehen und dann die Beschäftigung nicht nur stabilisiert, sondern auch ausweitet wird.

Seit dem Zeitpunkt der Auswertung mithilfe des makroökonomischen Modells haben sich allerdings die Rahmenbedingungen stärker verändert, als zunächst angenommen wurde. Diese Szenarien der Wirtschaftsentwicklung kann man natürlich auf einer solchen Zeitachse nicht genau abbilden. So wird sich die Wirtschafts- und Finanzkrise ganz sicher auch auf das Wachstum und die Beschäftigung in Sachsen-Anhalt auswirken. Das ist aber ein Phänomen, das europaweit zu berücksichtigen ist.

Allerdings werden wir das Konjunkturpaket II und auch die EU-Strukturfonds einsetzen, um die Folgen so weit wie möglich - ich habe das ja gestern auch in der Haus-

haltsdebatte angesprochen - abzumildern. An dieser Stelle möchte ich beispielhaft einige Ergebnisse vorstellen, die mit den Mitteln für die Jahre 2000 bis 2006 erzielt wurden:

- Mehr als 25 000 Arbeitsplätze wurden geschaffen,
- rund 75 000 Arbeitsplätze wurden gesichert,
- über 45 000 arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung wurden in den ersten Arbeitsmarkt integriert,
- über 150 000 Frauen und Männer wurden aus- und weitergebildet,
- mehr als 200 000 Einwohner wurden an die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossen.

Ich glaube, das sind Zahlen, die sich sehen lassen können.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Ich sage: Wenn wir das Geld nicht gehabt hätten, hätten wir überlegen müssen, wer es sonst finanziert, bei aller Diskussion um die Variante 4.1.1. Oder war es die 2? - Ich weiß es nicht mehr.

(Zuruf von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Lassen Sie mich nun auf den zweiten Schwerpunkt, die Mittelbereitstellung in den einzelnen Strukturfonds in den Jahren 2000 bis 2006, eingehen. Insbesondere in der Antwort auf Frage 3 der Großen Anfrage wurde der Umfang der laut Finanzplan bereitgestellten Mittel dargestellt. Übrigens lag in mancher Frage bereits die Antwort. Deswegen haben wir uns über manche Fragestellungen gewundert und manches Mal auch geschmunzelt, weil nämlich die Antwort nur so und nicht anders ausfallen konnte.

Insgesamt standen 3,5 Milliarden € an EU-Mitteln zur Verfügung. Davon entfielen auf EFRE knapp 2 Milliarden €, auf ESF 746 Millionen € und auf EAGFL - das ist der Landwirtschaftsteil - 746 Millionen €. Mit der Kofinanzierung des Bundes, des Landes und der Kommunen sowie privater Investoren wurde damit ein Projektvolumen in Höhe von 12,3 Milliarden € ausgelöst. Mit diesem Mittelumfang konnten die von mir bereits beispielhaft genannten Ergebnisse gerade auf dem Arbeitsmarkt erzielt werden.

Ich komme zu dem dritten Schwerpunkt, zum Mittelabfluss und zur Mittelverwendung in den Strukturfonds in der Förderperiode 2000 bis 2006. In der Antwort auf die Frage 3 wurde nicht nur der Umfang der laut Finanzplan bereitgestellten Mittel, sondern auch der Bewilligungs- und Zahlungsstand mit Datum 31. Mai 2008 dargestellt.

Herr Czeke, Sie haben mich nach Fällen oder Verfahren aus dem Jahr 2004 gefragt. Dazu kann ich jetzt in dieser Rede detailliert keine Auskunft geben. Insgesamt will ich aber im Zusammenhang mit dem Abschluss der Förderperiode folgende Bewertung treffen: Aktuell, das heißt mit Stand vom 31. Januar 2009, haben wir folgenden Zielerreichungsgrad bei den Zahlungen zu verzeichnen: EFRE 97,56 %, ESF 97,04 % und EAGFL 100 %.

Anmerken möchte ich, dass Sachsen-Anhalt im Dezember des vergangenen Jahres einen Antrag auf Fristverlängerung für den Abschluss der Förderperiode 2000 bis 2006 bei der EU-Kommission gestellt hat. Die EU-Kommission hat dies vor dem Hintergrund der Wirtschafts-

und Finanzkrise mit Schreiben vom 18. Februar 2009 genehmigt.

Damit ist nun der letztmögliche Zeitpunkt für Zahlungen im Ernstfall und auf Antrag bei der EU-Verwaltungsbehörde der 30. Juni 2009, statt wie bisher der 31. Dezember 2008 oder der 30. April 2009. Solche Ernstfälle, die wir aber als Einzelfälle betrachten, könnten zum Beispiel Großprojekte sein, deren Realisierung sich aufgrund der Finanzmarktkrise verzögert. Zum Teil geht es hierbei übrigens auch um anhängige Verfahren bei der EU selbst.

Ich bin optimistisch, dass es uns gelingen wird, die Mittel des OP 2000 bis 2006 nahezu vollständig auszuschöpfen. Wie ich bereits gesagt habe, ist es gar nicht so einfach, die Null genau hinzubekommen. Dabei müssen wir allerdings im Auge behalten, dass wir auch die Mittel der neuen operationellen Programme 2007 bis 2013 entsprechend den Jahresscheiben nutzen. Damit haben Sie natürlich Recht. Wenn ich das auf die Jahresscheiben herunterbreche, gibt es Unwuchten, die sich zum Teil auch mit der neuen Förderperiode überlagern.

Die aufmerksamen Betrachter haben gemerkt, dass es in der neuen Förderperiode ähnliche Probleme gibt. Gleicher Rhythmus, Programmierung, in Sachsen-Anhalt eigener Weg - das heißt längere Bewilligung und spätere Ausreichung. Es gibt bestimmte Jahresscheiben, die wir zugeteilt haben, wobei wir davon ausgehen können, dass das wieder zu 100 % klappt.

Schwierig ist es - das ist aber für jeden Finanzminister jedes Jahr eine Herausforderung -, diesen Jahresscheiben entsprechende eigene Haushaltsmittel gegenüberzustellen. Ich gehe aber davon aus, dass wir das wie für 2000 bis 2006 auch für 2007 bis 2013 schaffen werden. Ansonsten - auch das ist klar - droht uns trotz der „n+2-Regelung“ - das heißt zwei Jahre zusätzlich - der Mittelverfall. In einem solchen Fall müsste jedes betroffene Ressort erklären, warum es sich nicht in der Lage sah, die Dinge umzusetzen.

Im Finanzausschuss haben wir mehrfach darüber gesprochen. Aber auch die Fachausschüsse - gerade diejenigen, in deren Zuständigkeitsbereich die meisten Mittel zur Verfügung stehen - beschäftigen sich kontinuierlich damit. Ende 2009 müssen mindestens die für 2007 geplanten EU-Mittel, gemindert um den Vorschuss der Kommission, ausgegeben sein.

Um eine den EU-Forderungen und der Landeshaushaltsordnung entsprechende effiziente Mittelverwendung sicherzustellen, musste das Land ein Verwaltungs- und Kontrollsystem einrichten. Die Kontrollinstanzen des Landes führen nach dem entsprechenden Stichprobenverfahren Prüfungen durch, um den sachgerechten Einsatz der Mittel abzusichern und auch gegenüber der EU darzustellen.

Darüber hinaus findet im Rahmen einer vierteljährlichen Berichterstattung an das Kabinett und im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe sowie des Begleitausschusses ein regelmäßiges Monitoring zur Umsetzung statt. Zusätzlich werden die Förderergebnisse und -verfahren einer Evaluation und Bewertung unterzogen.

Es gibt also Beratungen und Diskussionen ohne Ende. Ich denke, niemand kann sich beschweren, nicht auf dem Laufenden gehalten worden zu sein. Insofern kann man zwar über die Zielausrichtung diskutieren. Aber das Programm ist für diejenigen, die wollen, keine unbekannte Größe.

Wie ich weiß, gab es auch im Vorfeld des Programmzeitraums 2007 bis 2013 hier im Parlament unterschiedliche Diskussionen über den Stand, die Ausrichtung und die Strategie, wobei Sachsen-Anhalt einen eigenen Weg gegangen ist. Ich will darauf hinweisen, dass diese Diskussion nicht ohne Eindruck in die Beratungen im Kabinett eingeflossen ist. Es gab Veränderungen gegenüber dem, was zuvor noch strategisch angedacht war.

Erlauben Sie mir nun noch einige grundsätzliche Bemerkungen zu der Antwort auf die Große Anfrage. Das Finanzministerium hat die Beantwortung anhand der monatlichen Berichte des EFRE-Porters erstellt. Der EFRE-Porter enthält die gegenüber der EU abzurechnenden Daten und nur der EFRE-Porter ist letztendlich die Legitimation gegenüber der EU. Alles andere wird nicht anerkannt. Die Ressorts und deren nachgeordneten Behörden müssen die gesamten Daten - auch im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung - prüfen.

Insofern unterscheiden sich die Daten aus dem EFRE-Porter von denen der Datenbank Hamissa, die im Finanzministerium gepflegt wird, grundsätzlich. Hamissa stellt lediglich auf kassenwirksame Zahlungen ab. Diese müssen aber noch nicht in jedem Fall für realisierte Projekte verausgabt und durch Rechnungen belegt worden sein. Aus diesem Grund enthält Hamissa höhere Beträge als der EFRE-Porter. Da relevant für die EU - ich hatte das angesprochen - nur die Abrechnung über den EFRE-Porter ist, gibt es manchmal unterschiedliche Auffassungen, Datenstände und Bewertungen zu den Strukturfonds.

Festzustellen ist, dass zu einigen Fragen Daten nicht in der gewünschten Struktur vorlagen - das haben Sie beschrieben - bzw. deren Auswertung einen unverhältnismäßig hohen Aufwand verursacht hätte. Das hängt damit zusammen, dass zum Zeitpunkt der Einreichung der Großen Anfrage fast 65 000 Projekte mit Mitteln der Strukturfonds gefördert und im EFRE-Porter erfasst wurden. Zu jedem dieser Projekte sollte eine Vielzahl finanzieller und materieller Indikatoren erhoben werden.

So wurden für die Strukturfondsperiode 2000 bis 2006 allein über 300 materielle Indikatoren - zum Beispiel geschaffene Arbeitsplätze, Zahl geförderter Teilnehmer, Angaben zur Teilnehmerstruktur wie Alter und Geschlecht, Auswirkungen und Querschnittsziele, wie Chancengleichheit, Nachhaltigkeit und Teilhabe an der Informationsgesellschaft - erhoben. Die Evaluation hat ergeben, dass nicht alle diese Indikatoren werthaltige Ergebnisse erbracht haben. Ich weiß aber auch, dass diese Indikatoren immer wieder Thema bei Diskussionen waren.

Laut Vorbemerkung des Fragestellers stellen sich vor dem Hintergrund der Halbzeitevaluierung und der noch vorzunehmenden Ex-post-Bewertung Fragen zur Einschätzung der Wirksamkeit der eingesetzten Strukturmittel. Die entsprechenden Daten sollen auch genutzt werden für die Bewertung und Begleitung der Förderperiode 2007 bis 2013.

Zum Zeitpunkt der Beantwortung der Großen Anfrage waren die Planungsprozesse für die neue Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 abgeschlossen. Das OP EFRE wurde am 22. Oktober 2007 sowie der ESF am 22. November 2007 genehmigt. Insofern konnte sich für die Große Anfrage nichts mehr zusätzlich ergeben. Die Analysen konnten nicht mehr einfließen. Hierzu wurde bereits in den Jahren 2005 und 2006 umfangreich im Parlament und auch in den Ausschüssen berichtet.

Unter Koordination durch die Staatskanzlei und unter Einbeziehung externer Gutachter wurde dieser Prozess auch unter Beteiligung der Fraktionen öffentlich geführt. Beispielhaft ist hier Folgendes zu nennen: Bewertung der einzelnen Förderprogramme in Bezug auf das Zielsystem, Analyse des Fördermittelbedarfs und der Einsparpotenziale durch den Einsatz von EU-Mitteln durch Entwicklung eines Modells sowie durch makroökonomische Wirkungsanalysen, Erstellung einer sozio-ökonomischen Analyse. Es gab eine strategische Umweltprüfung und die Erarbeitung strategischer Eckpunkte. All das ist Herrn Czeke bekannt, denn er hat diesen Prozess ja mit begleitet.

Insofern hat die Beantwortung der Großen Anfrage keinen Einfluss mehr auf die Erarbeitung der in den OPs mit der EU-Kommission vereinbarten Strategie des Landes. Ich sage aber auch ganz deutlich: Da wir die Ausreichung der Mittel strategisch begleiten und es zeitig Diskussionen geben wird, wird diese Debatte wichtig sein. Dort, wo es in Parlament und Regierung zu Änderungswünschen kommt, wird man sie aufnehmen, diskutieren und bewerten.

Ich mache hier jetzt Schluss.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Ich habe die Anfrage nicht gestellt. Ich beantworte sie lediglich. Ich möchte mir aber nicht vorhalten lassen, ich würde die Ausreichung dieses Betrages von mehr als 3 Milliarden € nicht ernst nehmen. Ich könnte gut noch eine halbe Stunde reden. Ich lasse das aber.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Herr Czeke und ich haben ausreichend Informationen über die Sinnhaftigkeit der Mittel ausgetauscht. Sicherlich können wir nicht bis zum letzten Euro die Sinnhaftigkeit der Begleitung zu 100 % zur Zufriedenheit des Parlaments aufzeigen. Aber ich sage noch einmal: Stellen Sie sich vor, diese Mittel hätte es nicht gegeben. Das Land Sachsen-Anhalt hätte viele Chancen nicht nutzen können.

Ich denke, wir sollten der EU dankbar sein. All die Anstrengungen, die auch vorher bei der Programmierung und bei der strategischen Ausrichtung wichtig waren, waren nicht umsonst. Der Vollzug hat viel Arbeit gemacht. Ich hoffe, dass die Antwort auf Ihre nicht unkomplizierte Anfrage trotzdem viele zufrieden gestellt hat. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Minister, wir hören Ihnen gerne zu. Deshalb gibt es noch eine Nachfrage von Herrn Gallert.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Ich dachte, ich hätte gespürt, dass es jetzt ausreichen würde.

Präsident Herr Steinecke:

Sie sehen, wie interessiert die Abgeordneten sind.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Für 3,5 Milliarden € kann man schon ein bisschen länger reden, zumal wir gestern eine Bürgschaft in dieser Höhe ohne eine Debatte verabschiedet haben.

Meine Frage ist im Grunde die folgende: Sie haben noch einmal die große Bedeutung der europäischen Fördermittel für Sachsen-Anhalt hervorgehoben. Das ist völlig richtig.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Die Sie teilen, oder?

Herr Gallert (DIE LINKE):

Was halten Sie vor dem Hintergrund einer solcher Einschätzung von einer Diskussion, die wir zum Beispiel bei der Frühaufsteherkampagne und auch im Zusammenhang mit der Ökumanta gehört haben, man müsse sich darüber nicht so aufregen, das seien ja nur EU-Fördermittel und kein eigenes Geld, das man dafür verwendet. Was halten Sie von einer solchen Argumentation?

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Na ja, die sind nicht unkompliziert.

(Heiterkeit bei der LINKEN - Herr Czeke, DIE LINKE: Wohl wahr!)

Ich will aber sagen, dass ich das im politischen Raum auch manchmal von den Fraktionen höre.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Nein, nein!)

- Die LINKEN sind dabei ausgeschlossen; das ist völlig klar.

(Frau Budde, SPD: Immer!)

Denn Sie sind immer in der Lage, sich zu beherrschen, solche Sätze nicht zu sagen. Wir wissen doch alle, dass wir, je weiter der Geldgeber entfernt sitzt - ich will diplomatisch bleiben -, manchmal etwas leichtfertiger sagen, lässt es uns trotzdem machen. Ich will noch einmal für Folgendes werben: Erstens. Diese Kampagnen sind richtig, auch wenn man sich nicht unbedingt als Frühaufsteher outen muss.

Zweitens. Wenn es möglich ist, mit diesen Mitteln solche Sachen zu machen, dann sollte man sie nutzen; denn - das gilt, so glaube ich, für alle Fraktionen - wir gehen so sparsam wie möglich mit unseren Landesmitteln um und wollen, so meine ich, aus jedem Euro an Landesmitteln, der durch Bundes- und EU-Mittel ergänzt wird, so viel Effekte wie möglich herauszuholen.

Das war in den letzten Jahren immer so. Ich habe nicht gemerkt, dass eine Fraktion sagte, wir sollten diesen Ansatz nicht wählen. Wenn ich das außerdem mit privatem Kapital ergänzen kann und darstellen kann, dass sich dadurch ein Mittelvolumen in Höhe von 12 Milliarden € ergibt, dann ist es möglich und sinnvoll, an den Stellen, an denen wir Landesmittel einsparen können, andere Mittel zu nutzen.

Manche Äußerungen gegenüber der EU sollten wir uns insgesamt überlegen. Wir sind manchmal nicht davor gefeit, auch die LINKE nicht, das Thema EU so zu diskutieren, als wenn es unsere Entwicklung nicht positiv beeinflussen würde.

Es gibt zum Beispiel nationalstaatliche Diskussionen, die ich nicht nachvollziehen kann. Auf der einen Seite nehmen wir gerne Fördermittel der EU in Anspruch und finden die Lissabon-Strategie und die Göteborg-Strategie gut. Wenn dadurch aber in die Möglichkeiten der Länder eingegriffen wird, dann wollen wir uns dagegen verwahren. Das wird übrigens auch in Brüssel wahrgenommen.

Ich will das nicht weiter vertiefen. Alle Parteien haben manchmal ihre Schwierigkeiten damit, das eine mit dem anderen zu verknüpfen, also einerseits Mittel in Anspruch zu nehmen und andererseits zu erdulden, dass die EU dann mehr mitsprechen möchte.

Nach wie vor gilt das, was ich bereits zum Anfang sagte und was für das gesamte Parlament gilt. Wir werden ab dem Jahr 2013 der Zeit hinterhertrauern, in der uns die EU Mittel in einem Umfang zur Verfügung gestellt hat, den wir entweder selbst in Form von Landesmitteln aufbringen müssen, oder wir werden spüren, dass wir nicht mehr 65 000 Projekte realisieren können, sondern nur 6 500 mit eigenen Mitteln. Dann werden wir der Zeit hinterher jammern. - Danke schön.

(Zustimmung bei der SPD und von Herrn Kurze, CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für die Beantwortung, Herr Minister. - Wir kommen nun zu den Debattenbeiträgen. Zunächst erteile ich der SPD das Wort. Herr Tögel, bitte schön.

Herr Tögel (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nahtlos an das anschließen, was der Finanzminister am Ende seiner Rede gesagt hat. Wir sollten dankbar sein für die vielen Milliarden Euro, die wir seit 1990, seit fast 20 Jahren, nahtlos mit dem Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik Deutschland und mit dem Beitritt zur Europäischen Union als Land Sachsen-Anhalt bekommen haben. Wir brauchen nur einmal zu überlegen, was wir ohne diese Mittel im Land nicht hätten realisieren können.

Daher, so denke, ich, sollte man trotz aller Kritik im Detail, trotz aller durchaus nachvollziehbaren Probleme und unterschiedlichen Auffassungen, die es bei der Umsetzung der Strukturfonds unter Umständen gegeben hat, das große Ganze, was uns die EU und die Solidarität der reichen Regionen mit den armen Regionen in der Europäischen Union gebracht hat, nicht aus dem Blick verlieren.

(Zustimmung von Herrn Bischoff, SPD, von Frau Schmidt, SPD, und von Herrn Kurze, CDU)

Ich kann dem zustimmen, was der Finanzminister gesagt hat; wir werden dieser Zeit noch nachtrauern, wenn die Europäische Union irgendwann einmal, wie es bereits für den Raum Halle der Fall ist, die Förderung kürzt und auch für den Rest des Landes Sachsen-Anhalt herunterfährt, weil - das ist das Ziel der Förderung - die armen Regionen irgendwann auf dem Stand der reichen Regionen sind.

Die Förderung ist nicht Förderung um ihrer selbst willen. Sie ist dazu da, um sich selbst irgendwann einmal überflüssig zu machen, und hat keine Ewigkeitsgarantie. Deshalb bezieht sich mein Plädoyer zum Anfang auf die bisher umgesetzten Mittel und auch auf die Solidarität, die die EU auch über viele schwierige Zeiten hinweg zusammengehalten hat, auch nach dem jüngsten Beitritt von neuen Mitgliedstaaten.

Ich möchte auf das Beispiel eingehen, das die Frühaufsteherkampagne betrifft, die natürlich zu großen Teilen aus EU-Mitteln bezahlt wurde. Herr Gallert ist leider nicht mehr da. Umfragen haben ergeben, dass diese Frühauf-

steherkampagne durchaus ihr Ziel erreicht hat und dass sie nach der Kampagne Baden-Württembergs mit dem Spruch „Wir können alles - außer Hochdeutsch“

(Herr Kosmehl, FDP: Sie wollten sie doch gar nicht!)

die Kampagne gewesen ist - ich sage gleich etwas dazu, Herr Kosmehl -, die den höchsten Bekanntheitsgrad hat. Ich sage auch, Herr Kosmehl, ich selber bin diesem Slogan gegenüber damals sehr skeptisch gewesen, aber die Umfragen von Befragungsinstituten haben ergeben, dass er eine positive Wirkung gezeigt hat. Das hat mich im Nachgang gefreut. Warum sollen wir denn nicht auch lernfähig sein, Herr Kosmehl?

(Zustimmung von Herrn Kurze, CDU, und von Herrn Kosmehl, FDP)

Wir befinden uns bereits mitten in der Strukturfondsperiode, die bis zum Jahr 2013 ausgelegt ist. Die Antwort der Landesregierung bzw. die Anfrage hat für die jetzige Strukturfondsperiode - darüber sind wir uns alle einig - keine Auswirkungen mehr, da die Analysen, die wir jetzt vorliegen haben, erst für die ab 2013 beginnende Strukturfondsperiode Anwendung finden können. Darüber, wie wir dann aufgestellt sein werden, diskutieren gerade die EU-Gremien, die die nächste Strukturfondsperiode vorbereiten.

Die alte Strukturfondsperiode muss noch abgerechnet werden. Auch darauf hat der Finanzminister hingewiesen. Wir haben durch die verlängerte n+2-Regelung die Möglichkeit, diese Mittel bis auf 100 % der beantragten Mittel aufzustocken. Dabei muss geschaut werden, was an vernünftigen Projekten gelaufen ist und ob das so berechnet wird, dass wir nicht noch mit eigenen Mittel dafür einstehen müssen.

Ich will aber auch sagen, dass ich mich hinsichtlich des Verfahrens gewundert habe, dass die Antwort der Landesregierung von Ende August 2008 gewesen ist und wir erst heute darüber diskutieren. Wir hätten die Auswertung auch am Ende des letzten Jahres vornehmen können. Denn je eher wir solche Dinge einfließen lassen, desto besser ist es.

Herr Czeke, meine Hochachtung vor der akribischen Anfrage hat etwas gelitten, als ich gesehen habe, dass Sie sie im Großen und Ganzen einfach nur von Thüringen kopiert haben und nicht, wie Sie es vorhin sagten, nur die Landesregierung die Antwort aus anderen Dingen herauskopiert hat. Sie haben auch die Anfrage von Thüringen kopiert. Aber trotzdem ist es lobenswert, dass Sie diese Anfrage gestellt haben.

Wir sollten die Ergebnisse, die wir herausgefunden haben, tatsächlich in der Halbzeitbewertung der jetzigen Strukturfondsperiode nutzen und aufnehmen. Herr Bullerjahn hat bereits gesagt, dass wir bzw. die Landesregierung versuchen, die Ergebnisse bei den Planungen zu berücksichtigen, wobei ich jede Kritik nicht ganz verstehen kann. Sie haben genüsslich angeführt, dass bei diesen relativ kleinen Projekten für Frauen Männer beteiligt waren. Das hat auch den von Ihnen erhofften Erfolg gebracht, indem es zur Belustigung beigetragen hat.

Ich könnte mir zum Beispiel gut vorstellen, ohne dass ich das in der Kürze der Zeit überprüfen konnte, dass an dieser Stelle zum Beispiel in entsprechenden Projekten männliche Personen eingestellt wurden, die Frauen beraten haben, um ihnen den Wiedereinstieg in das Berufsleben oder auch die Vereinbarkeit von Familie und

Beruf zu ermöglichen. Wenn dort auch männliche Personen auftauchen, dann heißt das doch nicht, dass das Ziel nicht erreicht wurde.

Die Erfahrung, die ich den Jahren der EU-Förderung in der Landesverwaltung gemacht habe, ist, dass die Projekte sehr genau geprüft werden. Wenn die Förderkriterien der EU nicht erfüllt werden, dann gibt es auch keine Genehmigung durch die zuständigen Stellen. Ich habe eigentlich ein großes Vertrauen in die Landesverwaltung, dass hierbei EU-Mittel nicht an den Zielen vorbei ausgegeben wurden.

Ich will nicht allzu viel auf Zahlen zu sprechen kommen. Herr Czeke und auch Herr Bullerjahn haben eine Menge an Zahlen genannt. Sie wissen, dass es in der Strukturperiodenzeit von 2000 bis 2006 3,5 Milliarden € waren und dass wir insgesamt durch Kofinanzierung von Kommunen und von anderen ein Mittelvolumen in Höhe von ca. 12 Milliarden € in den Wirtschaftskreislauf gegeben haben.

Das ist eine erhebliche Zahl. 12 Milliarden € - ich erinnere daran - sind 20 % mehr, als unser jährlicher Haushalt umfasst. Es ist eine ganze Menge Geld, das da in diesen Jahren abgefließen ist. Auch die Anzahl der Projekte, 64 000 Einzelprojekte, spricht für sich. Es ist mit Sicherheit immer möglich, bei dem einen oder anderen Projekt kritikwürdige Zustände zu finden. Gerade die Anzahl der Projekte zeigt aber, dass es ganz schwer ist, das so gut zu managen, dass keine Fehler vorkommen und dass da nicht auch noch Verbesserungen möglich sind.

Die noch nicht abgeschlossenen 3 000 Projekte hat Herr Bullerjahn erwähnt. Ich denke, auch diesbezüglich werden Lösungen gefunden worden sein, die den Gesamthaushalt Sachsen-Anhalts nicht zu stark belasten, so dass wir die Strukturperiodenzeit spätestens Ende des Jahres 2009 vernünftig abschließen können.

Die Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze ist erwähnt worden. Wir haben in der Statistik Zahlen gefunden, denen zu entnehmen ist, dass die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt deswegen um 15 % zurückgegangen ist und dass die Arbeitsproduktivität in diesem Zeitraum um 20 % gestiegen ist. Damit ist nachvollziehbar, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Sachsen-Anhalt gesteigert wurde.

Gerade in der aktuellen Finanzkrise zeigt sich diese Wettbewerbsfähigkeit, nämlich dass die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht so anfällig ist wie andere Bereiche der europäischen oder sogar der deutschen Wirtschaft. Insofern hoffe ich, dass der Optimismus des Wirtschaftsministers tatsächlich stichhaltig ist, dass wir relativ glimpflich, was auch die Arbeitsplätze betrifft, aus der Finanzkrise herauskommen können.

Die Wirtschaftsleistung ist in Ostdeutschland immer noch nicht auf dem Stand Westdeutschlands. Das wissen wir auch. Sie liegt derzeit bei rund 70 %. Die weiteren Mittel, die bis zum Jahr 2013 in Sachsen-Anhalt ausgegeben werden können, werden dazu beitragen, diesen Wert zu verbessern.

Ich hoffe, dass wir in den kommenden Jahren so viele Erfolge erzielen, dass wir tatsächlich nach dem Jahr 2013 keine massive Ziel-1-Förderung mehr brauchen, sondern dass wir im Land so erfolgreich sind, dass wir dann mit der degressiven Förderung, die nach der Ziel-1-Förderung als Auslaufphase vermutlich kommen

wird, auch noch gut leben können. Ich hoffe, dass unsere Wirtschaft dann so vernünftig läuft, dass wir die EU-Mittel zwar gern in Anspruch nehmen, aber nicht mehr so nötig brauchen wie bisher.

Lassen Sie mich an dieser Stelle zum Abschluss noch auf einen Punkt hinweisen, der nicht direkt mit der Großen Anfrage zu tun hat, aber mit EU-Mitteln im Zusammenhang steht. Für mich ist es immer ganz besonders wichtig - ich habe das im Ausschuss auch schon gesagt -, dass die Interreg-Programme und die Gemeinschaftsinitiativen auch künftig weiterlaufen, weil aus meiner Sicht diese Initiativen, in die Kommunen, in die bis zum letzten Dorf Akteure eingebunden sind, gerade diese Projekte sehr stark dazu beitragen, die Akzeptanz der Europäischen Union zu stärken, den Europa-Gedanken voranzutreiben und sehr viel mehr für das Ansehen der Europäischen Union tun als alle - ich sage einmal - PR-Aktivitäten, die die Kommission auch mit viel Geld startet.

Deswegen ist mein Plädoyer, auf allen Ebenen, an allen Stellen, wo es möglich ist, dafür zu werben, dass, auch wenn es sehr aufwendig ist, diese Projekte umzusetzen, gerade im Bereich von Interreg weitergearbeitet wird, weil damit Europa transparent und lebendig wird und die Menschen mitbekommen, welche positiven Effekte die Europäische Union hat. Meine Bitte an die Landesregierung lautet: Das entsprechend auch in ihren Beratungen auf allen Ebenen mitzunehmen. - Herzlichen Dank. Ich wünsche Sachsen-Anhalt auch in der Europäischen Union weiterhin eine gute Zukunft.

(Beifall bei der SPD - Herr Tullner, CDU: Wir Ihnen auch!)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Herr Tögel, für Ihren Beitrag. - Wir kommen zu dem Beitrag der Fraktion der FDP. Der Abgeordnete Herr Kosmehl hat jetzt das Wort.

Herr Kosmehl (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gar nicht den Versuch unternehmen, auf alle Punkte der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE einzugehen. Ich will aber die Gelegenheit nutzen, heute auch etwas zu den Strukturfondsmitteln zu sagen, zu ihrer derzeitigen Situation und natürlich auch zur Zukunft der Strukturfondsmittel, insbesondere auch deshalb, weil wir wenige Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament, wie ich meine, mit der Verwendung der Strukturfondsmittel in Sachsen-Anhalt ein gutes Argument haben, die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt für Europa zu begeistern und deutlich zu machen, was Europa für Sachsen-Anhalt geleistet hat.

(Zustimmung von Minister Herrn Bullerjahn)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Jahren von 1991 bis 2013 - bis dann werden sie zur Verfügung stehen - sind dem Land Sachsen-Anhalt europäische Strukturfondsmittel in Höhe von 9,9 Milliarden € zur Verfügung gestellt worden. 9,9 Milliarden € das entspricht etwa - ein bisschen abgerundet, sage ich mal - einem Jahreshaushalt des Landes Sachsen-Anhalt. Das sind die Mittel, die Sachsen-Anhalt von der Europäischen Union für Projekte zur Verfügung gestellt bekommen hat.

Diese Projekte sind vielfältig. Sie reichen von der Förderung der Infrastruktur, auch der wirtschaftlichen Infra-

struktur, über die Förderung der Qualifizierung und der Weiterbildung bis hin in den Bereich der Agrarstrukturen und überhaupt der Entwicklung des ländlichen Raumes. Alle Bereiche, die im Rahmen der operationellen Programme aus diesen Strukturfonds gefördert werden, sind wichtig für die Weiterentwicklung unseres Landes.

In der mit der Großen Anfrage angesprochenen Förderperiode 2000 bis 2006 waren es 3,5 Milliarden €. In der Strukturfondsförderperiode 2007 bis 2013 werden es 3,4 Milliarden € sein. Wer sich mit dieser Materie beschäftigt hat, der weiß, was für ein harter Kampf das war, bis feststand, dass Sachsen-Anhalt als eine Region, die vom statistischen Effekt, nämlich der Erweiterung der Europäischen Union um zehn bzw. insgesamt zwölf neue Mitgliedstaaten, betroffen ist, auch zukünftig, nach 2006, europäische Fördermittel bekommt.

Dass das mit Einschnitten verbunden war, Herr Kollege Tögel, was den Raum Halle betrifft, mussten wir zur Kenntnis nehmen. Ich glaube aber, dass immer noch die Chance besteht, mit den Mitteln, die bis zum Jahr 2013 bereitgestellt werden, die Entwicklung unseres Landes und auch die Entwicklung der Region Halle weiter voranzutreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen heute, im Jahr 2009, auch schon wieder unmittelbar davor, in Europa die Weichen zu dafür stellen, wie es nach dem Jahr 2013 mit der Kohäsionspolitik, also mit den Strukturfondsmitteln weitergehen wird. Das Land Sachsen-Anhalt hat sich in dieser Diskussion auch zu Wort gemeldet, nämlich in Person von Staatssekretär Herrn Dr. Schneider, der das Land kompetent vertritt. Es geht darum, auch nach dem Jahr 2013 weiterhin Fördermittel für unser Land zu erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie auf Folgendes hinweisen: In der Antwort auf die Frage 48 sind auf Seite 41 der Drucksache die Indikatoren aufgezeigt. Ich glaube, diese Indikatoren sollten wir uns alle gemeinsam anschauen und in die Diskussion mit hineinbringen.

Sie zeigen nämlich, dass wir, was das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrifft, eine Erhöhung um 20,7 % zu verzeichnen hatten, während es deutschlandweit nur 12,3 % waren, dass wir bei der Erwerbstätigenquote - also die Zahl der Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner - einen Zuwachs von 0,5 % hatten, während die Quote in Gesamtdeutschland um 0,2 % zurückgegangen ist.

Die Indikatoren zeigen auch, dass bei uns die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie nur leicht, um 0,4 % zurückgegangen ist, während deutschlandweit ein Minus von 8,3 % festzustellen war, und dass wir in der Produktivität um 20 % zugelegt haben, während die entsprechende Quote in Gesamtdeutschland um 6,2 % gesunken ist.

Das lässt nur einen Schluss zu, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die Strukturfondsmittel sind in Sachsen-Anhalt gut angelegt, richtig verwendet worden und die Strukturfondsmittel sind ein wirksames Instrument, um wirtschaftsschwächere Regionen an die wirtschaftsstärkeren Regionen heranzuführen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Herr Tullner, CDU: Sehr richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine letzte Bemerkung - ganz bewusst auch vor der Wahl zum Euro-

päischen Parlament -: Wir brauchen in Europa den Binnenmarkt.

Wir sollten jedem Versuch entgegentreten, die Regeln des Binnenmarktes gegen die Regeln für ein sozialeres Europa auszuspielen. Beides kann Europa leisten, einen starken wirtschaftlichen Binnenmarkt für die Entwicklung auch unserer Region und ein sozialeres Europa, weil, meine sehr geehrten Damen und Herren, für uns Liberale feststeht: Man kann nur das verteilen, was man vorher erwirtschaftet hat.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Wer den Schwachen helfen will, der muss auch genügend Stärke dafür haben.

(Zustimmung von Frau Dr. Hüsken, FDP)

In diesem Sinne: Lassen Sie uns weiter für Strukturfondsmittel für Sachsen-Anhalt kämpfen! - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank für Ihren Beitrag, Herr Kosmehl. - Jetzt kommen wir zum Beitrag der CDU-Fraktion. Herr Tullner, Sie haben das Wort. Bitte.

Herr Tullner (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute den Auftrag, gewissermaßen in Stellvertretung für unsere leidenschaftlichen Kollegen - Kollege Kosmehl ist auch ein leidenschaftlicher; solche Europapolitiker haben wir bei uns ja auch - die Debatte aus der Sicht der CDU-Fraktion um einige Ausführungen zu bereichern. Das hoffe ich zumindest; das ist mein Anspruch.

In Anlehnung an den doch sehr beeindruckenden Redebeitrag des Kollegen Thomas zur Breitbandstrategie fiel mir ein, dass der erste Satz, der über eine Telegrafenv Verbindung kommuniziert worden ist, folgender war: Das Pferd frisst keinen Gurkensalat.

Dieser sehr bürokratisch anmutende Satz, der damals als Beweis galt, wird gelegentlich auch auf Brüssel und die EU übertragen. Da redet man dann von Gurken- und Bananennormierungen und all den Dingen, die einem dazu gelegentlich einfallen. Ich denke aber, dass die Beschreibung, dass Brüssel ein bürokratischer, zentralistischer Moloch sei, der uns alle mehr oder weniger lähmt, kommt vor allen Dingen von den politischen Kräften, die Europa aus verschiedenen Gründen ablehnen.

Herr Kollege Czeke, an dieser Stelle will ich mir doch die Bemerkung nicht verkneifen, dass ich ein bisschen über den Wandel Ihrer Argumentation erstaunt bin. Ich habe Sie in den letzten Jahren als einen Kollegen wahrgenommen, der die Dinge, die Europa und alles betreffen, angefangen bei Lissabon und anderen verfassungsrechtlichen Dingen bis hin zu konkreten Regelungen, sehr skeptisch gesehen und mehr oder weniger abgelehnt hat.

An dieser Stelle vermute ich, dass Sie, da Sie nun Europakandidat Ihrer Partei geworden sind - das habe ich zumindest gelesen -, hier offenbar einem Bewusstseinswandel unterliegen. Es freut mich, dass zumindest Teile der LINKEN ihre Skepsis gegenüber Europa und

ihre nationalistischen Tendenzen ein wenig in den Hintergrund gestellt haben.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Das lässt mich hoffen, dass wir hier gemeinsam ein Stück weit vorankommen, lieber Kollege Gallert.

Jetzt aber zum Thema der Großen Anfrage. Zunächst einmal verwundert es mich - aber ich bin auch kein Experte; das ist ja im Fachausschuss diskutiert worden -, dass die Antwort auf diese Anfrage erst jetzt kommt. Sie hat einen sehr langen historischen Verlauf, sie stammt aus dem Sommer 2008. Das aber mögen die Kollegen im zuständigen Ausschuss klären.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass diese Förderperiode in einer Zeit begonnen hat, als noch eine andere politische Konstellation hier im Lande die Geschäfte geführt hat. Ich will an dieser Stelle dafür Dank sagen, dass wir trotz der Modifizierungen, die wir damals wegen des Hochwassers gemacht haben, die Förderperiode von 2000 bis 2006 doch vernünftig hinter uns gebracht haben, mit all den segensreichen Entwicklungen, auf die Kollege Kosmehl und andere schon hingewiesen haben.

Ich will an dieser Stelle auch sagen, dass wir einfach dafür dankbar sein sollten, dass uns Europa hilft und uns in unserer Entwicklung unterstützt. Wenn man sich anschaut, wie die Entwicklung seit 1990 in unserem Land verlaufen ist und wenn man den Entwicklungsstand mit dem im heutigen Osteuropa vergleicht, dann stellt man fest, dass wir sehr weit vorangekommen sind und sehr viele Straßen, Autobahnen, Verkehrsinfrastruktur, Beschäftigungsmaßnahmen vorweisen können. Das gilt auch für den gesamten Wirtschaftsbereich, auf den Kollege Kosmehl schon eingegangen ist. All diese Entwicklungen konnten wir nur mithilfe von Europa erreichen. Dafür gilt es Dank zu sagen.

(Zustimmung bei der FDP)

Aber Dank allein reicht natürlich nicht. Wir sollten auch ein Stück weit versuchen, innezuhalten und zu überlegen, wie wir an dieser Stelle weiterkommen. Ich denke, dass die Betrachtung der laufenden Förderperiode, die eng mit der vergangenen verzahnt ist - der Finanzminister hat daraufhin gewiesen, welche Risiken in dieser überschneidenden Phase durchaus auf den Haushalt zukommen können -, dazu führen wird, dass wir noch einmal prüfen, wie wir diese Verzahnung hinbekommen, und dass wir die Abrechnungen jetzt möglichst schnell vornehmen.

Ich bin außerordentlich dankbar dafür - das hat die Kollegen meiner Fraktion, besonders die, die sich auf Europa spezialisiert haben, in den letzten Jahren immer wieder umgetrieben -, dass wir, was die Ausschöpfung der Mittel angeht, doch einen sehr hohen Stand erreicht haben, nämlich mehr als 97 %, nahezu 100 %.

Ich denke, das haben wir gemeinsam auch durch kritisches Nachfragen erreicht. Wir wissen ja, dass die Verwaltung die Dinge auf Nachfragen aus dem Parlament durchaus noch schneller und motivierter angeht. Dass wir das Ergebnis gemeinsam erreicht haben, macht mich stolz. Ich bin allen Beteiligten dankbar, dass sie diese schwierige Materie bewältigt haben.

(Herr Doege, SPD: Maßhalten!)

- Maßhalten ist auch ein wichtiger Punkt. Maßhalten, Herr Kollege Doege, sollten wir vor allen Dingen an der

Stelle, an der wir unsere Wünsche in die Zukunft richten. Ich denke, dass wir alle wissen, dass der Süden Sachsen-Anhalts ein Ziel-1a-Gebiet ist. Wir haben Disparitäten gegenüber dem Norden. Schon allein deswegen müssen wir maßhalten.

Ich finde aber auch, dass wir maßhalten müssen, weil wir nicht alle unsere Wünsche über Europa finanzieren können. Wir müssen die demografischen Auswirkungen in den Blick nehmen und genau prüfen, wo wir die Probleme ziel- und lösungsorientiert effizient lösen können. Dieses Maßhalten sollte uns allen eigen sein. Das erlaube ich mir auch mit Blick auf die Beratungen zum Doppelhaushalt zu sagen, wo wir gelegentlich noch einige andere Dinge zu diskutieren haben werden.

All diese Punkte, deren Details schon betrachtet worden sind, lassen mich zu dem Schluss kommen, dass wir mithilfe der europäischen Finanzierungsmethoden hier Gutes, Großes erreicht haben und auch in den nächsten Jahren erreichen werden, wenn wir an die Schulbau-Förderung denken, wenn wir an den Bereich denken, den Minister Haseloff verantwortet.

Die EU-Fördermittel werden sich wieder positiv auf unser Land auswirken, und zwar nicht nur in dieser Wirtschaftskrise, sondern auch mit Blick auf die Entwicklung, die uns alle miteinander doch motiviert und zu dem Ziel führt, ein starker bzw. führender Wirtschaftsstandort im Herzen Europas zu werden, wie wir es in den 20er-Jahren einmal waren. Dorthin wollen wir wieder kommen. Deswegen sind wir dankbar, dass uns die EU an dieser Stelle hilft.

Kollege Czeke, Sie haben auf einige Details hingewiesen und sich ein wenig über die Frauen- bzw. Männerförderung lustig gemacht. Ich will darauf hinweisen - ich bin dankbar dafür, dass mir die Staatskanzlei dabei geholfen hat -, dass Ihre Kritik an den beiden Programmen ein wenig fehl läuft. Wenn Sie sich die Programme einmal durchlesen würden, kämen Sie zu dieser Erkenntnis. Denn in der Projektbeschreibung eines der von Ihnen kritisierten Programme zur Eingliederung von Frauen heißt es: Dieses Projekt ist hauptsächlich auf die Gleichstellung von Frauen und Männern gerichtet. - Ich denke, das sollte Sie in Ihrer Kritik auch zum Maßhalten motivieren.

Das zweite von Ihnen angeführte Programm dient - ich darf zitieren - der „Verbesserung der Aufstiegschancen von Frauen sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Zumindest aus der Sicht der christlich-demokratischen Familienpolitik gehört zur Familie durchaus auch ein Mann. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist. Deswegen kann ich Ihre Kritik, was die einseitige Bevorzugung von Männern in Frauenprogrammen angeht, an dieser Stelle überhaupt nicht nachvollziehen.

Ich schließe mit der Hoffnung und der Bitte, dass wir alle gemeinsam versuchen, die europäischen Mittel möglichst effizient und möglichst zielgenau einzusetzen, damit wir am Ende der Förderperiode 2007 bis 2012 ebenfalls mit Dankbarkeit auf die Entwicklung zurückschauen können. - In diesem Sinne: Vielen Dank. Ich wünsche Ihnen eine gute Debatte.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Tullner, für Ihren Beitrag. - Zum Schluss erteile ich noch einmal Herrn Czeke das Wort.

Bevor er das Wort nimmt, begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Gernrode auf der Südtribüne. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Czeke, zu Ihrem Schlusswort.

Herr Czeke (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Es wird mehr als ein Schlusswort. Als Erstes: Ja, auch ich bin dankbar

(Beifall bei der LINKEN - Heiterkeit und Zurufe von der CDU: Wofür?)

für die vielen Milliarden. Ich sage das allen Ernstes. Herr Kosmehl hat sich die Mühe gemacht und auf Seite 9 in die Antwort auf Frage 4 geschaut. - Jawohl, wenn wir die Förderperiode 2013 - plus zwei - abgeschlossen haben werden, sind es exakt 9,9357 Milliarden €. Das ist richtig.

Ich hatte vorhin angekündigt, dass ich noch einmal auf die KMU zurückkommen werde. Symbolisch: Vorhin war es ein bisschen finster; aber die Sonne zeigt sich doch wieder. - Herr Minister Bullerjahn hat nun die schwierige Aufgabe gehabt, obwohl er nur für die zwei Endjahre zuständig war, die Frage konkret und in vollem Umfang zu vertreten.

Die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen war und ist einer der großen Schwerpunkte der EU-Strukturfondsförderung in Sachsen-Anhalt. Zumindest habe ich das immer so verstanden. Aber das will ja noch nichts heißen.

So wollten wir in unserer Anfrage auch gern wissen, wie viel Geld in die Sparte KMU geflossen ist und wie viele neue Arbeitsplätze dadurch geschaffen oder gesichert werden konnten. Der Minister hat zwar zwei Zahlen genannt, aber nicht zu KMU.

Vor allem wäre es für uns auch von Interesse gewesen, die Förderungen gestaffelt nach Betriebsgrößen zu erfahren. Ich weiß natürlich, dass es diesbezüglich immer wieder Meinungsverschiedenheiten zwischen der Landesregierung und uns gibt, teilweise zu Recht - das muss ich zugeben -, da sie auf den Datenschutz pochen kann und die geförderten Unternehmen nicht namentlich zu benennen braucht. Das hatten wir auch nicht gefordert. Sondern wir wollten das anonymisiert nach Betriebsgrößen erhalten.

Aber siehe da, da ist er wieder, der schöne Standardsatz: Wird nicht erhoben. - Es ist doch aber bitte schön legitim, danach zu fragen. Alle Vorredner haben darauf hingewiesen, dass wir Konsequenzen aus dieser fast abgeschlossenen Förderperiode ziehen müssen, um sie in der nachfolgenden ab dem Jahr 2013 anwenden zu können.

In der laufenden Förderperiode - da gebe ich Herrn Tögel Recht - sind wir mittendrin; da ist nun wirklich nichts mehr zu klingeln. Aber für die Periode danach müssen wir Konsequenzen ziehen. Deshalb gab es auch unsere Anfrage, die natürlich auch - sage ich einmal - von den Kollegen in Thüringen gestellt wurde, ja.

KMU fördern. Wir wollten wissen, wie viele der Unternehmen tatsächlich KMU waren und wie viel Geld sie bekommen haben. Wenn ich dann in der Antwort auf die Frage nach den geschaffenen Dauerarbeitsplätzen in KMU lese - jetzt wörtlich -:

„Der KMU-Status wird im Schwerpunkt 1 - Wettbewerbsfähigkeit - und 2 - Infrastruktur - für die Ebenen der Gemeinschaftsaufgabe (GA) in der Datenbank nicht als Stammdatum geführt. Betroffen sind die Ebenen 1.11.1, 1.11.2, 1.11.3, 2.11, 2.12.1, 2.21.1 ...“

- fortlaufend und endet mit -

„2 648 Vorhaben der GA führen das Stammdatum ‚KMU-Status‘ nicht. Hiervon sind Zahlungen in Höhe von 901,6 Millionen € betroffen.“

Da sträuben sich mir die Nackenhaare. Dieser Effekt wird noch durch die folgenden Sätze verstärkt. Es wird wieder einmal auf den Standardbericht 18 b verwiesen, also auf die Liste mit den Indikatoren. Dann kommt Folgendes:

„Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in Sachsen-Anhalt der Anteil von Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten gut 95 % beträgt.“

- immerhin -

„da die Wirtschaftsstruktur des Landes dominant mittelständisch geprägt ist. Danach könnten die Ist-Werte des Indikators ‚neu geschaffene Arbeitsplätze‘ zum großen Teil auf KMU zurückgeführt werden.“

Aha! - Danach - das muss man aber noch sagen - wird darauf verwiesen, dass dies so aber nicht belegbar ist. Hier kann ich nur noch einmal meine Kritik vom Anfang wiederholen: So ist keine nachhaltige Erfolgsanalyse möglich. Absolut unmöglich!

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin teilweise wirklich überrascht, dass hier die Sinnhaftigkeit bestimmter Maßnahmen gar nicht überprüft wird und meistens, wie mir scheint, auch gar nicht überprüft werden kann. Herr Kollege Tullner,

(Herr Tullner, CDU: Hier bin ich!)

ich würde es nicht wagen, mich beim Thema Gleichstellung dem einen oder dem anderen Geschlecht kritisch zu nähern. Ich kann mich aber noch an Zeiten erinnern, in denen Ihre Fraktion eine Staatssekretärin für Gleichstellung hatte. Da war es noch ein wenig anders, was die Erfolgsabsichten und die Chancengleichheit anging.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist doch so, dass jedes Unternehmen über ein sinnvolles Controlling verfügen muss, um die Umsetzung der Unternehmenspläne kontrollieren und steuern zu können, um also die Zielerreichung sicherstellen zu können. Genauso muss auch eine Landesregierung über sinnvolle Möglichkeiten verfügen, ihre Maßnahmen überprüfen zu können. Allerdings - das noch als Zusatz - muss so etwas auch die EU als Geldgeber haben.

(Minister Herr Bullerjahn, SPD: Die prüfen doch aber!)

Aber die eingeschränkte Möglichkeit bzw. - der Minister sprach es an - oftmals die Unfähigkeit der Landesregierung, Einschätzungen vornehmen zu können, da Indikatoren fehlen, zeigt mir auch die Antwort auf Frage 2 f, in der die Landesregierung Folgendes schreibt:

„Nähere Ausführungen zur Lage und Entwicklung in den Städten und ländlichen Räumen sind auch im operationellen Programm EFRE 2007 - 2013

dargestellt, wonach zusammenfassend sich die Situation in den Städten in Bezug auf die wirtschaftlichen, arbeitsmarktbezogenen und demografischen Herausforderungen nicht grundsätzlich

- „grundsätzlich“ lässt immer Ausnahmen zu -

„von der Situation in den ländlichen Räumen und damit von der Lage in Sachsen-Anhalt insgesamt unterscheidet.“

Na hallo! - Sehr geehrte Damen und Herren von der Landesregierung! Eine solche Feststellung kann meine Fraktion absolut nicht mittragen. Wir müssen konstatieren, dass es sehr wohl unterschiedliche Situationen in den Städten und im ländlichen Raum gibt. Wir setzen uns aus diesem Grund für die Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen ein. Nachzulesen ist das in unserem Vorschlag zur räumlichen Gliederung der Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich es noch einmal wiederholen muss: Wir stehen für die soziale Mitnahme der Menschen in Europa. Übrigens ist die Qualität der Antworten in dem Teil, den das MLU zugearbeitet hat - ich darf es hier sagen -, besser als in anderen Teilen.

Zu dem Redebeitrag von Herrn Tögel wollte ich nichts weiter ausführen. Richtig ist, dass wir Konsequenzen ziehen müssen. Die fehlen mir aber. Natürlich ist es der Job der Opposition, dafür zu sorgen, dass wir das im Auge behalten. Deswegen behandeln wir das auch. Soziale Mitnahme der Menschen wäre eine Maßnahme, die die Transparenz für die Menschen in der EU erhöhen würde.

Zu den Ausführungen von Herrn Kosmehl kann ich nur Ja sagen. Wenn ich allerdings an das Konjunkturpaket denke, das EU-Präsident Barroso vorgestellt hat, so muss ich sagen: Wenn ein Großteil der Mittel in neue Stromleitungen gehen muss - so konnte ich es erst heute nachlesen, weil es so frisch ist; das muss noch einmal überprüft werden -, dann frage ich mich doch schon im Vorfeld nach dem arbeitsmarktpolitischen Effekt. Der darf bei einem Betrag von 5 Milliarden €, der eindeutig zu gering ist, bezweifelt werden. Angesichts der Tatsache, dass die EU 27 400 Milliarden € und die USA 600 Milliarden \$ auf den Tisch legen, sind 5 Milliarden € wirklich zu wenig, zumal der Präsident nicht einmal weiß, wo er sie hernehmen soll.

Herr Tullner, eine Anmerkung sei mir jetzt wirklich noch gestattet. Ich habe in diesem Hohen Haus nie gegen Europa gesprochen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Herr Kosmehl, FDP: Was? - Herr Scharf, CDU: Da gibt es aber genug Reden, Herr Czeke!)

Ich bin für Europa. Es gibt Institutionen in Europa, sei es die Rüstungsagentur oder Frontex, zu denen ich mich in diesem Hohen Haus durchaus sehr kritisch geäußert habe.

(Herr Kosmehl, FDP: Oh!)

Oder denken wir an die soziale Ausgrenzung. Das ist kein Sinneswandel. Ich sage einmal: Mir ist ein Interview - ich glaube, der Kollege Martin Schulz wird einer der Lieblingszeitgenossen werden, die ich öfter zitieren wer-

de - vom 19. März untergekommen. Also Sie haben in diesem Haus nie von mir gehört, das ich mich über die Kommission in Brüssel abfällig als „Kommissionchen in Brüssel“ geäußert und das auf Nachfragen bestätigt hätte.

Ich finde es arrogant und überheblich und von einem Bürger der Bundesrepublik Deutschland schon verdammt schwierig, dass sich Martin Schulz über die tschechische Ratspräsidentschaft mit dem Abschlussatz äußert: Diese Ratspräsidentschaft ist ein Totalausfall. - Herr Schulz ist immerhin Fraktionschef der Sozialisten im Europaparlament. Es tut mir schrecklich leid, dass ich Ihnen das nicht ersparen konnte. - Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Das war das Schlusswort von Herrn Czeke. - Meine Damen und Herren! Beschlüsse in der Sache werden nicht gefasst. Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 2 angelangt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Zweite Beratung

Entwurf eines Gesetzes zum Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 5/1763**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien - **Drs. 5/1829**

Die erste Beratung fand in der 53. Sitzung des Landtages am 19. Februar 2009 statt. Berichterstatter aus dem Ausschuss ist der Abgeordnete Herr Tilman Tögel. Sie haben das Wort. Bitte schön.

Herr Tögel, Berichterstatter des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien:

Herr Präsident! Ich will versuchen, es sehr kurz zu machen. - In der 53. Sitzung am 19. Februar 2009 hat der Landtag den Entwurf eines Gesetzes zum Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag in der Drs. 5/1763 zur Beratung an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien überwiesen. Der Ausschuss hat in der 31. Sitzung am 27. Februar 2009 erneut ausführlich über den Gesetzentwurf beraten.

Zuvor hatte er sich bereits sehr frühzeitig - diese Anmerkung sei mir gestattet - in verschiedenen Sitzungen mit den Entwürfen eines Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrages befasst. In der 23. Sitzung am 13. Juni 2008 wurde er über den Sachstand zur Entwurfsfassung unterrichtet. In der 24. Sitzung führte er eine große Anhörung zu dem Staatsvertrag durch, um sich dann erneut in der 28. Sitzung im November 2008 damit auseinanderzusetzen.

Nach der Einbringung des Gesetzentwurfs in die Ausschussberatung wurden seitens der Fraktionen und einzelner Abgeordneter Detailfragen zum Inhalt des Staatsvertrages gestellt, die die Landesregierung in Person von Herrn Robra sehr ausführlich beantwortete. Dabei wurden Telemedien und Teleshoppingkanäle sowie die

digitalen Zusatzprogramme von ARD und ZDF thematisiert. Darüber hinaus wurden vor allem der so genannte Dreistufentest und insbesondere seine Umsetzung in der Praxis diskutiert.

Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst hatte zu dem Gesetzentwurf geringfügige Änderungen rechtsförmlicher Art vorgeschlagen, die der Ausschuss in die Beschlussempfehlung eingearbeitet hat. Der Ausschuss hat die entsprechende Beschlussempfehlung in der erwähnten Sitzung mit 8 : 0 : 4 Stimmen verabschiedet.

Ich bitte Sie, der Beschlussempfehlung des Ausschusses zu folgen und diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.
- Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Herr Tögel. - Herr Staatsminister Robra hat darum gebeten, sich zum Schluss zusammenfassend äußern zu dürfen. So kommen wir zu den Debattenbeiträgen. Als erstem Debattenredner erteile ich dem Abgeordneten Herrn Gebhardt von der Fraktion DIE LINKE das Wort. Herr Gebhardt, bitte schön.

Herr Gebhardt (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiteres und aller Voraussicht nach letztes Mal beschäftigt sich der Landtag heute mit dem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Wir hatten einige Debatten hier im Plenarsaal, wir hatten auch Debatten im Ausschuss.

Wir hatten als erster Landtag überhaupt eine Anhörung im Fachausschuss zu diesem Staatsvertrag. Ich habe mir im Vorfeld der heutigen Debatte noch einmal das Protokoll der Anhörung angesehen. Danach skizzierte der Intendant des Mitteldeutschen Rundfunks Herr Professor Reiter noch einmal die Grundzüge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er sagte - ich zitiere -:

„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk lebt von einer Idee. Das ist die Idee einer möglichst unabhängigen Meinungsbildung in einer demokratischen Gesellschaft. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll Inhalte, die für diese Gesellschaft wichtig sind, unabhängig vom politischen Einfluss wie bei einem Staatsrundfunk, aber auch unabhängig vom wirtschaftlichen Druck wie bei rein werbefinanzierten Programmen für jedermann zur Verfügung stellen. Das ist unser Auftrag.“

Wie steht es nun um diese Idee, um diese Vision? - Wenn man sich die jüngsten Debatten beim ZDF ansieht - ich nenne Herrn Koch und Herrn Brender -, kann einem schon um die parteipolitische Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, vorzugsweise des ZDF, angst und bange werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre aber ein anderes Thema. Unsere Frage lautet hier: Wie kann die Politik die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Auftrag auch künftig erfüllen kann?

Meine Damen und Herren! Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass ein großer Teil der Bevölkerung Inhalte nicht mehr über den herkömmlichen Abspielweg, Fern-

sehen und Radio, konsumiert, sondern online. Dies hat dann wiederum zur Konsequenz, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk, wenn man einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch künftig haben möchte, seine Angebote auch online zur Verfügung stellen darf. Mit diesem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag soll die Grundlage dafür geschaffen werden.

Das Positive an diesem Vertrag ist, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk erstmals den gesetzlichen Auftrag bekommt, allen Bevölkerungsgruppen die Teilnahme an der neuen Informationsgesellschaft zu ermöglichen. Erstmals bekommt er einen gesetzlichen Auftrag, seine Inhalte auch online zu transportieren, und ist damit auch in der digitalen Welt angekommen. Dieses Grundanliegen des Staatsvertrags wird aus unserer Sicht aber in vielen Punkten deutlich konterkariert.

Zum einen kritisieren wir nach wie vor die Art und Weise, in der der so genannte Dreistufentest ablaufen soll. In der Tat sehen wir hier nach wie vor ein bürokratisches Monster, das viel Zeit und auch Flexibilität kostet. Vor allem aber kostet es Millionen an Gebührengeldern.

(Beifall bei der LINKEN)

Kritisch sehen wir auch nach wie vor das Verbot presseähnlicher Erzeugnisse; denn niemand konnte mir bisher exakt definieren, was man unter presseähnlichen Erzeugnissen zu verstehen hat. Ich glaube nach wie vor, dass diese Frage künftig noch so manchen Juristen und so manches Gericht beschäftigen wird.

Der dritte Kritikpunkt, den ich ausdrücklich nennen will, ist die stark eingeschränkte Verweildauer der öffentlich-rechtlichen Angebote im Internet. Dass diese Angebote grundsätzlich nur sieben Tage und Sportereignisse sogar nur 24 Stunden im Netz verweilen dürfen, ist aus unserer Sicht eine sehr starre Einengung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und damit ein klarer Wettbewerbsnachteil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegenüber den kommerziellen Anbietern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Krux dabei ist auch, dass viele Übertragungsrechte, insbesondere bei der Sportberichterstattung, gar nicht für 24 Stunden erworben werden können, sondern nur für einen viel längeren Zeitraum. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat dann die Möglichkeit, bei Übertragungsrechten, die für einen längeren Zeitraum gelten und demzufolge auch einen höheren Preis haben, zu sagen: Ich kann die Rechte gar nicht erwerben, weil ich sie nicht vollständig nutzen kann; oder ich erwerbe sie für viel Geld, kann sie aber nicht vollständig nutzen. Wir denken, dass diese Einengung zu starr ist und dass man flexibler an die Sache hätte herangehen müssen.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch diesen Staatsvertrag einen gesetzlichen Auftrag für seine Online-Aktivitäten erhält, lehnen jedoch die dargestellten Einschränkungen konsequent ab. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über den Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag der Stimme enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Gebhardt. - Wir kommen zum Beitrag der CDU-Fraktion. Der Abgeordnete Herr Borgwardt hat das Wort. Bitte schön.

Herr Borgwardt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind heute in der komfortablen Situation, einem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zustimmen zu können, der so intensiv und ausführlich wie noch keiner zuvor in diesem Hohen Hause beraten wurde. Diese intensive Befassung des Landtages kam nicht von ungefähr; denn allen Beteiligten war bereits in der Planungs- und Entwurfsphase klar, welche entscheidende Rolle der Zwölfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und damit für die gesamte Medienordnung in Deutschland spielen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird es gelingen - das ist ein wesentlicher Aspekt, Herr Kollege Gebhardt -, die Europäische Kommission vom deutschen Rundfunkmodell zu überzeugen, was nichts anderes bedeutet, als dass unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk europafest wird und dass die europäischen Klageverfahren gegen ARD und ZDF zu einer Randnotiz in den Geschichtsbüchern werden.

Darüber hinaus ist es gelungen, einen gerechten und ausgewogenen Ausgleich zwischen den Kompetenzen und Bedürfnissen der verschiedenen Mediengattungen wie Presse, Rundfunk und Online untereinander zu schaffen, die einem Verdrängungswettbewerb zulasten der freien Presse keinen Spielraum geben. Dieser Ausgleich wird durch eine so genannte Negativliste für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie durch den viel zitierten Dreistufentest zur Konkretisierung des öffentlich-rechtlichen Auftrages gesichert.

Mit diesem Dreistufentest wurde ein Korrektiv geschaffen, das den Wegfall der Deckelung der Gebührenaussgaben für die Online-Präsenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks abfedern kann, sofern bei den zuständigen Gremien der Rundfunkanstalten eine besonders kostenbewusste Würdigung der neuen Angebote stattfinden wird.

Ich könnte hier noch sehr viele andere Beispiele anführen, die belegen, dass der uns vorliegende Zwölfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag ein sorgfältig abgestimmter Kompromiss ist, mit dem alle Beteiligten gut und vernünftig leben können.

Enthusiasten - auch die gibt es, Herr Gebhardt - bezeichnen den Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag bereits als Magna Charta des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Ich würde mich diesem Enthusiasmus noch nicht anschließen wollen und hoffe bei allen positiven Vorzeichen, dass er den Praxistest besteht.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem ergreife ich nochmals die Gelegenheit, unserer Landesregierung als Mitgestalter der neuen rundfunkstaatsvertraglichen Regelungen zu danken. Sie, Herr Staatsminister, haben bei diesem Balanceakt die Balance gehalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird dem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag ihre Zustimmung erteilen, weil dieser nahtlos an die von uns seit Jahren vertretene Politik der Mäßigung und Stabilisierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkkosten anknüpft und zugleich in unserer dualen Rundfunkordnung einen gerechten Interessenausgleich sucht. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Borgwardt. - Wir kommen zum Beitrag der FDP-Fraktion. Der Abgeordnete Herr Kosmehl hat das Wort. Bitte schön, Herr Kosmehl.

Herr Kosmehl (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute nun wird der Zwölfte Rundfunkänderungsstaatsvertrag auch in Sachsen-Anhalt ratifiziert. Vorweg etwas zum Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion: Wir werden uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Warum?

(Herr Borgwardt, CDU: Warum?)

- Herr Kollege Borgwardt, wir können diesem Vertrag nicht zustimmen, weil er das, was er, wie Sie skizziert haben, verspricht, nicht hält.

(Herr Borgwardt, CDU: Ach!)

Insbesondere hat er mit dem Dreistufentest ein bürokratisches Verfahren installiert, über dessen finanzielle Auswirkungen wir noch keine konkrete Klarheit haben. Auch Sie - darin werden Sie mir sicherlich zustimmen - können heute noch nicht sagen, ob diese Mehrbelastung nicht auch zu einer Mehrbelastung für den Gebührenzahler führen könnte.

(Zustimmung von Herrn Gebhardt, DIE LINKE
- Herr Borgwardt, CDU: Warten wir einmal die Praxis ab!)

Aber auf jeden Fall, Herr Kollege Borgwardt, wird es in dieser Gebührenperiode dazu kommen, dass finanzielle Mittel aus den Rundfunkanstalten, die eigentlich für das Programm vorgesehen waren, für ein bürokratisches Monster wie den Dreistufentest verwendet werden.

(Herr Gebhardt, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Das, meine sehr geehrten Damen und Herrn, finden wir als FDP nicht in Ordnung.

(Herr Scharf, CDU: Wo ist die liberale Alternative? - Herr Borgwardt, CDU: Wo ist die Alternative? - Herr Tullner, CDU: Was schlagen Sie vor?)

Das Nächste, das ich Ihnen sagen möchte, ist, dass der Rundfunkänderungsstaatsvertrag Regelungen trifft, die es ermöglichen, die Internetinhalte der Öffentlich-Rechtlichen auf das zu begrenzen, wofür der öffentlich-rechtliche Rundfunk da ist, nämlich auf Information, Kultur und Bildung. Er ist aber eben nicht dafür da, Versicherungsrechner und Routenplaner anzubieten oder irgendwelche Singlebörsen zu veranstalten. Deshalb sage ich Ihnen: Dafür gibt es Private; dafür gibt es einen Markt. Das muss der Gebührenzahler nicht mit seinen Rundfunkgebühren bezahlen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist es an diesem Punkt richtig gewesen, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Regelungen in den Rundfunkänderungsstaatsvertrag aufzunehmen. Deshalb kommen wir zu der Entscheidung, dass wir ihn nicht ablehnen können, weil er auch positive Regelungen hat, dass wir ihm aber auch nicht zustimmen können. Das hat finanzielle Beweggründe und das hat damit zu tun, dass er dem Programm in gewisser Weise Mittel wegnehmen wird, die wir eigentlich gern für das Pro-

gramm hätten. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

Lassen Sie mich am Ende meiner Rede noch zwei Bemerkungen machen.

(Herr Tullner, CDU: Aber kurz!)

Zum einen zum Verfahren. Ja, es ist richtig - ich möchte das ausdrücklich sagen und die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten ermutigen, dass wir damit weitermachen -, die Medienpolitik so intensiv und auch frühzeitig zu begleiten. Herr Staatsminister, an Sie den herzlichen Dank, dass Sie uns darüber auch immer bereits in den Entwurfsstadien informiert haben, sodass wir darauf schon die ersten Anhörungen stützen konnten. Das ist richtig und wichtig.

(Herr Tullner, CDU: Sehr schön!)

Zum anderem gilt mein Dank insbesondere dem Kollegen Graner, weil auch er sich mit Sachverstand in die Debatte eingebracht hat, obwohl ich den Eindruck hatte - Herr Kollege, verzeihen Sie mir das -, dass das nicht alle in Ihrer Fraktion und auch nicht alle Kollegen im Ausschuss so gern gesehen haben, dass Sie noch einmal die gesamte Diskussion aufmachen.

Gerade der Hinweis auf die Fußballübertragungsrechte - der Kollege Gebhardt hat das angesprochen - macht einiges deutlich. Damit sind wir noch gar nicht bei den 2 € mehr für den Fußball. Wir sind bei der Frage, was ich mit Fußballübertragungsrechten mache, die ich für einen längeren Nutzungszeitraum teuer erkaufe, wenn ich die Übertragung im Internet nur 24 Stunden lang anbieten kann.

Wird das dazu führen, Herr Kollege Gebhardt - dabei bin ich bei Ihnen -, dass man künftig nicht mehr mitbietet? Oder wird das dazu führen, dass es geteilt werden muss, dass man sich bei den Rechten auf kürzere Übertragungszeiten beschränken muss? - Darauf hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk aber keinen Einfluss. Oder wird das dazu führen, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk aus diesem Wettbewerb um die Übertragungsrechte zurückzieht? - Die Fragen werden offen bleiben. Wir werden das begleiten. Die FDP-Fraktion wird sich der Stimme enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Kosmehl. - Jetzt kommen wir zu dem Beitrag der SPD-Fraktion. Der Abgeordnete Herr Bischoff erhält jetzt das Wort. Bitte schön.

Herr Bischoff (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es die rasante Entwicklung in den letzten Jahren in der digitalen Welt und im Internet nicht gegeben hätte, dann hätten wir diesen Rundfunkänderungsstaatsvertrag gar nicht auf dem Tisch. Diese Entwicklung wird weitergehen. Es wird auch nicht der letzte Rundfunkänderungsstaatsvertrag sein, über den wir hier reden werden. Und er wird auch diese Komponenten vorrangig im Blickpunkt haben. Daher betrachte ich den vorliegenden Staatsvertrag als eine Regelung zur Sicherstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der digitalen Weg.

Mit diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag sichern wir die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, indem

er seine Angebote im digitalen Zeitalter platzieren kann, und zwar in einem fairen Wettbewerb mit allen anderen Anbietern. Das ist Sinn und Zweck des Staatsvertrages.

Daher glaube ich, dass der vorliegende Staatsvertrag ein wichtiger Meilenstein, aber mit Sicherheit nicht der letzte Schritt ist und dass wir das Thema auch in Zukunft werden begleiten können.

Durch das Internet haben die Bürgerinnen und Bürger enorme Möglichkeiten, sich zu informieren. Dieses Medium nutzt auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Bei der Frage, welcher Mehrwert jeweils dahinter steht, halte ich es für wichtig, dass das Machtwissen eingegrenzt wird und dass alle Bürgerinnen und Bürger Anteil daran haben.

Wir werden uns auch in Zukunft über die Fragen unterhalten müssen - die Diskussionen in den letzten Tagen haben das gezeigt -, was Sponsoring ist, was Werbung ist und ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk darauf verzichten kann und, wenn ja, inwiefern. Darüber werden wir noch eine Weile ausgiebig diskutieren können.

Zu der Frage - das höre ich auch oft von meinen Kolleginnen und Kollegen -, ob wir eigentlich mit dem zufrieden sind, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk anbietet, gibt es immer unterschiedliche Meinungen. Damit ist es fast wie mit der Kunst und mit der Frage, was Kunst ist.

Ich habe in den letzten Tagen mitbekommen, wie viele von uns und von meinen Mitarbeitern in der Fraktion auf irgendeine Arztserie am Dienstagabend warten, die sie sich unbedingt ansehen wollen. Für manch einen ist der Krimi das Allerhöchste und Allerheiligste - nicht nur der „Tatort“ am Sonntagabend.

(Herr Kosmehl, FDP: Ohne Krimi geht die Mimi nie ins Bett!)

Für manche kann es nicht genug Wiederholungen geben, weil man die immer wieder gern sieht. Wieder andere sagen: Mensch, schon wieder eine Wiederholung; das ist mir zu viel.

Der Sport ist ganz wichtig. Ich selbst sehr gern Kabarett.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Das kommt leider immer erst spät am Abend.

Ich will damit nur sagen: Die Interessen sind so unterschiedlich, dass wir uns davor hüten sollten - damit hat Herr Gebhardt Recht -, unsere persönlichen Ansichten zum Maßstab dafür zu machen, welche Programme gut und welche schlecht sind. Das sollten wir uns nicht zumuten und dafür gibt es übrigens Gremien. Diese Gremien sind in dem Staatsvertrag gestärkt worden und sollen in den Dreistufentest einbezogen werden.

Herr Kosmehl und Herr Gebhardt, ich bin nicht Ihrer Meinung. Natürlich kostet der Dreistufentest Geld, wobei ich allerdings nicht weiß, ob er immer wieder Geld kosten wird. Wenn wir ihn aber nicht machen würden, dann, bin ich der Überzeugung, würden Sie mit dem Vorwurf kommen: Wenn man schon solche Beurteilungen macht, dann müssen es doch Unabhängige sein, die feststellen, ob die neuen Programme einen Mehrwert bieten oder nicht und welche Auswirkungen das auf den Wettbewerb hat.

(Herr Borgwardt, CDU: So ist es! Sie haben doch keine Alternative!)

Natürlich kosten Unabhängige Geld. Eine Alternative haben Sie nicht aufgezeigt.

(Herr Borgwardt, CDU: Genau so ist das!)

Ich möchte zum Schluss noch ein anderes Thema ansprechen, das indirekt damit zu tun hat. Von den Gebühren, die wir zahlen, kommt ein Anteil von 2 % den Landesmedienanstalten zugute. Damit werden vorrangig auch Bürgermedien und offene Kanäle unterstützt, die Sie alle kennen. Das sind Einrichtungen, in denen sich die Leute basisdemokratisch engagieren und mitmachen, die bürgerschaftliches Engagement stärken.

An dieser Stelle will ich den Staatsminister ausdrücklich loben - ich mache das sehr selten. Ich war vor Kurzem bei einer Veranstaltung in Halle, bei der es um die Community Media in Europa ging, also um die Vernetzung dieses bürgerschaftlichen Engagements bei den Medien, beim Hörfunk, beim Fernsehen, und darum, wie die das sozusagen miteinander machen, wie sie auch Europa darstellen und wie das von unten wächst, indem sich junge Leute, aber auch Menschen quer über alle Bevölkerungsschichten engagieren und beteiligen.

Ich finde es absolut bemerkenswert, wie Sie sich dafür einsetzen, mit welchem Engagement und mit welcher Kenntnis Sie sich dafür einsetzen. Manchmal sagen mir die Leute, sie könnten sich vorstellen, dass sich der Staatsminister - jetzt von den Worten her - mehr engagierte. Sie sind aber so engagiert dabei, dass ich sagen muss: Von dieser Seite kannte ich Sie noch nicht. Ich finde es gut, dass Sie sich hierbei so stark engagieren. Das will ich hier einmal ausdrücklich sagen.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Weiß, CDU: Überraschung!)

Wenn wir in Zukunft auch erreichen könnten, dass die offenen Kanäle und Bürgermedien vielleicht auch in das DVB-T-Netz eingespeist werden, was eine gute Zielsetzung wäre, dann wären wir zufrieden.

(Zustimmung von Herrn Kosmehl, FDP)

Wir stimmen dem Gesetzentwurf eines Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrages zu; denn ich glaube, er ist ein guter Kompromiss. Wir werden in Zukunft noch weiter zu diskutieren haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Bischoff. - Nun hat, wie verabredet, der Herr Staatsminister das Wort. Bitte schön.

Herr Robra, Staatsminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach so viel Lob ist es mir fast ein bisschen peinlich, hier mit dem Anspruch aufzutreten, das letzte Wort haben zu wollen. Ich weiß, dass ich die Debatte nach der Geschäftsordnung rein theoretisch wieder eröffne. Das ist aber nicht mein Ziel und nicht mein Anliegen.

Wir erreichen mit dem heutigen Beschluss - mit dem absehbaren Beschluss - über den Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag eine wichtige medienpolitische Zwischenetappe. Ich will auch meinerseits ganz ausdrücklich dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien unter dem Vorsitz von Nico Schulz

herzlich dafür danken, dass wir diesen Weg über viele Zwischenschritte gemeinsam gehen konnten. Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Es ist uns im Verfahren gelungen, die schwierige Suche nach dem Kompromiss auf der Ebene des Staatsvertrages unter den 16 Bundesländern mit der Meinungsbildung im Landesparlament als dem am Ende entscheidenden Gesetzgeber so zu verzahnen, dass wir bei allem Kompromisscharakter, den das Ergebnis hat, mit großer Breite diesen Rundfunkänderungsstaatsvertrag mittragen können.

ARD und ZDF - das zeigt auch die letzte Ausgabe von epd Medien, dem Organ für die öffentlich-rechtlichen Medien schlechthin - sind und bleiben die Nachrichtenkanäle schlechthin - und das nunmehr auch und gerade im Internet. Ich denke, das ist die wichtigste Botschaft im Zusammenhang mit dem Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag.

Auch ich bin nicht mit jedem Punkt uneingeschränkt zufrieden, das bringt der Kompromisscharakter des Staatsvertrages mit sich. Beim Dreistufentest - das ist von allen Beteiligten angesprochen worden - ist noch viel Arbeit zu leisten. Aber, verehrter Herr Kosmehl, die Vertreter der FDP in den Gremien, sowohl in den Gremien der Rundfunkanstalten der Länder als auch den Gremien des ZDF, beteiligen sich sehr konstruktiv an der Ausgestaltung des Dreistufentests. Das kann ich für das ZDF jedenfalls für Ihren Generalsekretär Niebel bestätigen. Ich bin insofern optimistisch, dass wir alle Probleme, die damit verbunden sind, lösen werden.

Wir werden in der Medienpolitik auch weiterhin im Gespräch bleiben. Ich würde mir wünschen, dass es uns bei der uns jetzt bevorstehenden, mindestens genauso schwierigen Debatte um die Struktur der Rundfunkgebühren ebenfalls gelingt, die Entwicklung des Staatsvertrages und die Meinungsbildung hier im Landtag wiederum so miteinander zu verzahnen, dass wir am Ende mit großer Mehrheit das Ergebnis tragen können. - In diesem Sinne herzlichen Dank, auch für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren zur Drs. 5/1829. Ich schlage Ihnen vor, gemäß § 32 der Geschäftsordnung des Landtages über die vorliegende Beschlussempfehlung in ihrer Gesamtheit abzustimmen. Wünscht jemand eine Abstimmung über die einzelnen Bestimmungen? - Das sehe ich nicht.

Wir stimmen nun über den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit ab. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung einschließlich der Überschrift „Gesetz zum Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag“ und der gesetzlichen Bestimmungen in ihrer Gesamtheit zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Zustimmung bei den Koalitionsfraktionen. Wer lehnt dies ab? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Enthaltungen bei der LINKEN und bei der FDP. Damit ist der Gesetzentwurf beschlossen worden und wir können den Tagesordnungspunkt 4 verlassen.

Bevor ich den letzten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich eine Gruppe von Seniorinnen und Senioren

der Sudetendeutschen Landsmannschaft des Bundes der Vertriebenen aus dem Burgenlandkreis auf der Nordtribüne. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Beratung

a) Verzicht auf die mündliche Verhandlung in dem Landesverfassungsgerichtsverfahren - LVG 131/08

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - **Drs. 5/1873**

b) Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht betreffend Individualverfassungsbeschwerde gegen Regelungen des Gemeindegliederungs-Grundsatzgesetzes - LVG 06/09

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - **Drs. 5/1874**

Ich erteile zunächst Herrn Reichert als Berichterstatter zum Tagesordnungspunkt 12 a das Wort. Danach erhält Frau Reinecke als Berichterstatterin zum Tagesordnungspunkt 12 b das Wort. Es ist vereinbart worden, keine Debatte zu führen. Herr Reichert, bitte.

Herr Reichert, Berichterstatter des Ausschusses für Recht und Verfassung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Berichterstattung geht es um den Verzicht auf die mündliche Verhandlung im Landesverfassungsgerichtsverfahren zum Nichtraucherschutzgesetz. Der Landtag ist in der 43. Sitzung am 11. September 2008 der Empfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung gefolgt und hat beschlossen, zu dem Landesverfassungsgerichtsverfahren 131/08, welches eine Klage gegen das Nichtraucherschutzgesetz betrifft, keine Stellungnahme abzugeben. Der entsprechende Beschluss ist in der Drs. 5/43/1497 B nachzulesen.

Nunmehr hat das Landesverfassungsgericht mitgeteilt, es halte nach einer Vorberatung eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung für angemessen. Gemäß § 26 Abs. 2 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes kann von einer mündlichen Verhandlung abgesehen werden, wenn von ihr keine weitere Förderung des Verfahrens zu erwarten ist und die am Verfahren Beteiligten und Beitrittsberechtigten auf eine mündliche Verhandlung verzichten.

Gemäß § 40 Abs. 2 des genannten Gesetzes können der Landtag und die Landesregierung in jeder Lage dem Verfahren beitreten. Der Landtag hat, wie eingangs dargestellt, mit seinem Beschluss auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet und sollte nach einstimmiger Auffassung des Ausschusses für Recht und Verfassung, der sich in der 37. Sitzung am 18. März 2009 mit der Thematik befasst hat, als Beitrittsberechtigter auf die mündliche Verhandlung in dem genannten Landesverfassungsgerichtsverfahren verzichten. Die betreffende Beschlussempfehlung liegt Ihnen vor. Ich bitte um Ihre Zustimmung dazu. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Reichert, herzlichen Dank für die Berichterstattung. - Wir kommen zu der Berichterstattung zu Tagesordnungspunkt 12 b. Ich rufe nun die Abgeordnete Frau Corinna Reinecke auf. Bitte schön, Frau Reinecke, Sie haben das Wort.

Frau Reinecke, Berichterstatterin des Ausschusses für Recht und Verfassung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dem Klagegegenstand betreffend das Gesetz über die Grundsätze der Neugliederung der Gemeinden im Land Sachsen-Anhalt liegen bereits Verfassungsgerichtsbeschwerden von Gemeinden vor, mit denen sich der Ausschuss für Recht und Verfassung und in der Folge der Landtag mehrfach befasst haben. Es wurde jeweils beschlossen, von der Abgabe einer Stellungnahme abzusehen.

Nunmehr wird in der in Rede stehenden Beschwerde durch einen Bürger Individualverfassungsklage gegen das Gesetz erhoben. Der Beschwerdeführer sieht neben der Verletzung des Demokratieprinzips und dem Eingriff in das Grundrecht auf Abstammung bei einer Betroffenheit der Einwohner von Trägergemeinden bei Gebietsänderungen auch eine Verletzung des Grundrechts auf Gleichheit der Wahl als gegeben.

Zudem beklagt er einen Verstoß gegen das Gemeinwohlprinzip und gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie gegen das Willkürverbot. Der Ausschuss für Recht und Verfassung hat sich in der 37. Sitzung am 18. März 2009 mit den genannten Verfassungsbeschwerden befasst und empfiehlt einstimmig, auch zu diesem Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

Aus gegebenem Anlass hatte sich der Ausschuss für Recht und Verfassung zudem mit der Frage des Verzichts auf eine mündliche Verhandlung befasst. Diese Möglichkeit ist gegeben, wenn von einer solchen keine weitere Förderung des Verfahrens zu erwarten ist und im Verfahren Beteiligte und Beitrittsberechtigten auf eine mündliche Verhandlung verzichten.

Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung gleichzeitig dem Landtag, in dem Verfahren sein Einverständnis mit seiner Entscheidung ohne mündliche Verhandlung zu erklären.

Ich bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung. - Danke.

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Reinecke. - Wir hatten eine Behandlung ohne Debatte vereinbart. Wünscht keiner mehr das Wort? - Dann kommen wir jetzt zum Abstimmungsverfahren.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung in der Drs. 5/1873. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich sehe Zustimmung bei allen Fraktionen. Damit ist dem zugestimmt worden.

Ich lasse über die Drs. 5/1874 abstimmen. Wer stimmt zu? - Ebenfalls Zustimmung bei allen Fraktionen. Damit ist der Beschlussempfehlung zugestimmt worden und wir können den Tagesordnungspunkt 12, den letzten, verlassen.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der 29. Sitzungsperiode angelangt.

Ich berufe den Landtag zur 30. Sitzungsperiode am 8. April 2009 um 10 Uhr ein. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung zum Nachtragshaushaltsgesetz 2009.

Des Weiteren rufe ich den Landtag zu seiner 31. Sitzungsperiode am 7. und 8. Mai 2009 ein.

Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit! Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 12.01 Uhr.

